Nr. 213. Halle (Saale), Dienstag, den 11. September 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

Die Neue Welt (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Part 42/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 45 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Part 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Sept. 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Der Artilleriekampf in Flandern erreichte an der Küste und im Bogen um Ypern zeitweilig große Stärke.

Vorstöße der Engländer südöstlich von Langemarck und nördlich von Frezenberg wurden zurückgewiesen.

Bei Villeret, nordwestlich von St. Quentin, entspannen sich heute morgen neue Gefechte, die für uns günstig ausgingen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Unternehmungen französischer Erkundungstrupps, meist durch heftiges Feuer vorbereitet, wurden nordwestlich von Reims und in mehreren Abschnitten der Champagne zum Scheitern gebracht.

Auf dem östlichen Maasufer griffen gestern morgen starke französische Kräfte vom Fosses- bis zum Chaume-Wald (3½ Kilometer) an. Südlich des Wavrille-Waldes in unsere Kampfzone eingedrungener Feind wurde durch Gegenstoß geworfen, an der übrigen Front brachen die französischen Sturmwellen in unserem Abwehrfeuer verlustreich zusammen. Im Laufe des Tages noch mehrfach erfolgende Angriffsversuche des Gegners schlugen stets fehl. Im Nachdrängen schoben wir an einigen Punkten unsere Linien vor.

Leutnant Voß schoß gestern drei feindliche Flieger ab; er erhöhte dadurch die Zahl seiner Luftsiege auf 45.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold. Zwischen den russischen und unseren Stellungen vom Meer bis zur Düna zahlreiche Zusammenstöße von Vortruppen. Der Feind büßte Gefangene ein.

Vorstöße russischer Streifabteilungen im Waldgebiet nördlich von Hustatyn und am unteren Zbrucz wurden abgewiesen.

Front Erzherzog Joseph. Im Südostzipfel der Bukowina sind die Russen zum Angriff übergegangen; sie errangen nur örtliche Vorteile bei Solka.

Zwischen Trotus- und Oitoz-Tal hat der Feind seine vergeblichen Angriffe bisher nicht wiederholt.

Mazedonische Front. Im Berggelände südwestlich des Ochridasees verwehrten deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte den Franzosen gestern weiteres Vordringen.

*

Vom Isonzo. Wien, 10. September. Amtlich wird verlautbart: Am Isonzo verlief der gestrige Tag abermals ohne größere Kampfhandlungen. Bei Bezzecca brachte uns ein erfolgreiches Stoßtruppunternehmen über 50 Gefangene und zwei Maschinengewehre ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Nördlich und westlich des Malik-Sees drängten überlegene feindliche Kräfte, durch Russen verstärkte weiße und farbige Franzosen, unsere Postierungen auf die Hauptstellung zurück. Auch südlich von Berat kam es zu lebhaftem Geplänkel.

Die Verluste der Entente. Ein Militärkritiker schreibt in der Berliner Presse: England hat, wie feststeht, in noch nicht sechs Monaten über 400 000 Mann verloren. Frankreich wohl ebensoviel und Italien 200 000, Rußland ohne Zweifel mindestens eine halbe Million. Sie alle wurden dem vergeblichen Durchbruche geopfert. Da haben wir den Grund der augenblicklich allgemeinen Erschöpfung der Entente. Halbjährig kann sie unmöglich 1½ Millionen verlieren. Sie würde zu rasch ihr zahlenmäßiges Uebergewicht über uns vermindern, würde also in jedem neuen Monat vor unserer Initiative weniger sicher sein.

Japan und Amerika haben sich in der letzten Zeit einander wieder mehr genähert. In Washington haben jetzt Verhandlungen über ein amerikanisch-japanisches Abkommen begonnen. Die Besprechung galt insbesondere der Lieferung von Stahl an Japan für die Ausführung des Schiffsprogramms Japans und anderen Fragen wirtschaftlicher, besonders industrieller Natur. Die Vereinigten Staaten geben der Hoffnung Ausdruck, daß das gemeinsame Kriegsprogramm beider Länder politische und diplomatische Fragen zunächst in den Hintergrund dränge und daß die Verhandlungen ausdrücklich der Förderung des gemeinsamen Vorgehens gewidmet sein würden.

Die deutsche Kohlenzufuhr nach Holland ist, wie die Direktion der holländischen Staatsbahnen mitteilt, eingestellt worden.

Die Gärung in Italien. Journal de Genève bestätigt in einer Betrachtung über die Lage, daß in Turin vergangene Woche schwere Unruhen vorgekommen sind, über die das Blatt jedoch keine genauen Einzelheiten besitzt. Ein wirklicher Aufstand sei durch Truppen niedergedrückt worden.

Aufstand in Portugal. Diario del Noticias meldet: In Portugal ist die Diktatur eingeführt worden. Eisenbahnen, Post und Telegraphen unterstehen fortab besonderer militärischer Aufsicht. Am 2. und 3. September kam es zu einem Generalstreik der Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Angestellten. Ihnen schlossen sich bald darauf die Transportarbeiter und die Seeleute an. Der Generalstreik richtete sich in erster Linie gegen die stärkeren Truppenaushebungen. Es kam zu großen Krawallen, vornehmlich im Hafen, wobei mit Maschinengewehren geschossen wurde. Die portugiesische Flotte machte Miene, sich dem Aufstande anzuschließen. Es gelang, die Aufständischen in den Post- und Telegraphenanlagen einzuschließen und zu entwaffnen. Die Aufständischen, die den Bahnhof besetzt hielten, konnten entkommen.

Ein Bild vom Kriegselend.

Berlin, 9. September. Aussagen von gefangenen Engländern und eine erbeutete Brieftauben-Meldung ergeben, daß die Ententetruppen im Westen auf ihrer mittleren und nördlichen Front in letzter Zeit sehr hohe und steigende Ausfälle durch Erkrankungen infolge des Wetters und der Geländeverhältnisse hatten. An vielen Stellen des Poldergeländes waren die gefangenen Trichterbesatzungen völlig bewegungsunfähig, da sie tagelang im Wasser gelegen hatten. Für die ihre Reihen lichtende Krankheit haben die Engländer den Namen „Schützengrabenfieber". In der Gegend des von Myriaden, Mücken überschwärmten Ueberschwemmungsgebietes kommt die Malaria dazu. Infolgedessen mehren sich die Anzeichen großer Kampfmüdigkeit und völliger Erschöpfung der jeweiligen Besatzungen. (W. T. B.)

Frankreich.

Die Sozialisten lösten sich von Ribot los!

Paris, 10. September. (Havas.) Ministerpräsident Ribot hatte die für die Neubildung des Kabinetts in Aussicht genommenen Politiker am Sonntag nachmittag versammelt, als Vertreter der parlamentarischen Sozialistengruppe eintrafen, um zu erklären, daß sie glaubten, die Verantwortung dieser Gruppe für die Kabinettsbildung nicht auf sich nehmen zu können. Minister Thomas teilte Ribot mit, daß es ihm unmöglich sei, ihm die Unterstützung zu gewähren, die er ihm leisten zu können geglaubt hatte. Trotzdem war Ribot entschlossen, das Kabinett zu bilden, aber vor der im Laufe des Abends zur endgültigen Bildung des Kabinetts abgehaltenen Versammlung erklärte der Kriegsminister Painlevé, daß er es für unmöglich halte, auf die Mitwirkung der Sozialistengruppe zu verzichten. Angesichts dieser Erklärung legte Ribot in Uebereinstimmung mit allen Teilnehmern an der Versammlung den ihm erteilten Auftrag in die Hände Poincarés zurück.

Die Kammersozialisten hatten in ihrer Fraktionssitzung eine Resolution Renaudel angenommen, die die Politik des Kabinetts Ribot scharf kritisiert, in der sich die Partei jedoch bereit erklärt, mit der Regierung an der Landesverteidigung zu arbeiten, wenn die öffentlichen Freiheiten der Arbeiterschaft gewährt, die Methoden der Geheimdiplomatie möglichst ausgeschaltet und die Kriegsziele der Alliierten innerhalb der Grenzen rechtmäßiger Forderungen gehalten würden. — Demnach würden die Regierungssozialisten eine andere Regierung als die Ribots unterstützen.

Die Taktik der französischen Regierungssozialisten leidet an großer Unklarheit und entsetzlicher Unentschiedenheit. Die rechtsgerichtete Mehrheit ließ von der Unterstützung des Kabinetts Ribot nicht ab, selbst als die Pässe nach Stockholm verweigert wurden. Das war eine unglaubliche Schwachkopfpolitik! Man beschließt mit großem Tamtam die Beschickung der Konferenz, Ribot schlägt den Beschluß als „antinational" zu Boden, verweigert brutal die Pässe — aber der „Sozialist" Thomas bleibt munter und fidel in der Regierung Ribot. Nun scheint es mit dieser Taktik vorbei zu sein — auf beiden Seiten. Eine neue Regierung wird wohl die Pässe nicht verweigern, und die Regierungssozialisten dürften sich fernerhin nicht so geduldig fügen.

Der neue Regierungschef. Havas meldet: Poincaré berief Painlevé zu sich und beauftragte ihn mit der Kabinettsbildung. Painlevé behielt sich die Antwort bis zum Abend vor. — Dieser bisherige Kriegsminister wird als bürgerlich-linksstehend bezeichnet; er würde sich auf die linke Seite des Parlaments zu stützen haben. Man rechnet damit, daß auch die Regierungssozialisten in sein Kabinett eintreten werden und zählt einer solchen Regierung nach, daß sie „ein Schritt auf dem Wege zum Frieden" sein würde. Die Sozialisten müßten vor allem die Frage der Kriegsziele klären und die Friedensfrage in den Vordergrund rücken. Wie das Scheitern Ribots zeigte, könnten sie gewisse Macht ausüben, indem sie keine Regierung unterstützten, die nicht gegen annektionistische Kriegsziele und für sofortige Friedensverhandlungen wäre.

Stockholm.

Die Russen ziehen sich zurück! Stockholm, 10. September. Die Petersburger Zeitungen berichten, das Präsidium des russischen Arbeiter- und Soldatenrates habe beschlossen, an der Stockholmer Konferenz nicht teilzunehmen, da weder England noch Frankreich noch eines der übrigen alliierten Länder Vertreter nach Stockholm sendeten.

Dieser Beschluß gilt natürlich bis auf weiteres. Sobald die Engländer und Franzosen die Kraft finden, an ihrer Beteiligung an Stockholm festzuhalten und trotz Paßverweigerung zu kommen, wird der russische Sowjet nicht fehlen. Vorerst freilich sind die Aussichten der Konferenz auf den Nullpunkt gesunken. Diese Wirren sind die Folge der nationalistischen Abschwenkung der sozialistischen Mehrheiten vom Sozialismus und der grundsätzlichen Klassenkampftaktik. Diese Regierungssozialisten kommen jetzt von ihren Regierungen nicht los und erfahren deutlich und derb, daß diese Regierungen brutal imperialistisch sind. Sie ließen sich die sozialistische Unterstützung gern gefallen, aber an ihrem kapitalistischen Charakter änderten sie kein Tüpfelchen.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 10. September. 1. Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 27 000 B.-R.-T. vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Cymrian, Ladung Kohlen von Newport nach Dublin, der durch Forgalope geleitete englische Segler Coorow, sowie zwei tiefgehende englische große Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

2. Marineflugzeuge versenkten am 9. September nachmittags in der Themsemündung einen englischen Dampfer. (Amtlich.)

Ein französisches Patrouillenschiff versenkt. Paris, 10. September. (Havas.) Das große Patrouillenschiff Solo II am 22. August von einem Unterseeboot im Mittelmeer torpediert worden und sofort gesunken. Es hatte 257 Personen an Bord. Besatzung und Passagiere; 38 Personen werden vermißt.

Um Rußlands Diktatur.

Kerenski gegen Kornilow.

Stockholm, 9. September. Ministerpräsident Kerenski hat folgende Proklamation erlassen:

Am 8. September kam das Dumamitglied Lwow nach Petersburg und forderte mich im Namen des Generals Kornilow auf, die gesamte Zivil- und Militärgewalt dem Generalissimus zu übergeben, der nach seinem Gutdünken eine neue Regierung bilden werde. Die Richtigkeit dieser Aufforderung Lwows wurde mir dann durch General Kornilow selbst in einer Mitteilung durch den direkten Telegraphenbrahtt zwischen Petersburg und dem Generalstab bestätigt. Da ich diese an die vorläufige Regierung zu Händen meiner Person gerichtete Aufforderung als Versuch gewisser Kreise der Bevölkerung betrachte, die schwierige Lage auszunutzen, um so einen Zustand zu schaffen, der den Eroberungen der Revolution widerspricht, hält es die vorläufige Regierung für notwendig, für das Wohl des Vaterlandes und die Freiheit des republikanischen Regierungssystems mich damit zu betrauen, dringende und unabweisbare Maßnahmen zu ergreifen, um alle Anschläge gegen die höchste Gewalt und gegen die von der Revolution eroberten Bürgerrechte an der Wurzel abzuschneiden. Daher ergreife ich für die Aufrechterhaltung der Freiheit und der öffentlichen Ordnung im Land alle Maßnahmen, die ich der Bevölkerung zu gelegener Zeit ankündigen werde. Gleichzeitig befehle ich:

1. General Kornilow hat sein Amt dem General Klembowsky, dem Oberbefehlshaber der den Zugang nach Petersburg sperrenden Armee der Nordfront zu übergeben, und General Klembowsky soll vorläufig die Befugnisse als Generalissimus übernehmen, jedoch in Pskow bleiben;

2. Ich verhänge den Kriegszustand über Stadt und Bezirk Petersburg. Ich fordere alle Bürger auf, zur Aufrechterhaltung der notwendigen Ordnung für das Heil des Vaterlandes mitzuwirken, und die Armee und Flotte fordere ich auf, ruhig und getreu ihre Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den äußeren Feind zu erfüllen.

Kerenski.

*

Rußland steht vor neuen, schweren, inneren Erschütterungen. Von außen pocht der Feind mit der Siegerfaust bedrohlicher an die Tore des Reichs und im Lande selbst erhebt die Gegenrevolution gefährlich drohend ihr schwarzes Haupt. Was nach dem selbstherrlichen Auftreten des russischen Generalissimus Kornilow auf dem Moskauer Kongreß nicht mehr zweifelhaft war, ist nunmehr Tatsache geworden: die in Moskau nur mühsam verschleierte Absicht Kornilows, als der „starke Mann" und Auserwählte der Reaktion an Kerenskis Stelle zu treten, versucht er jetzt zu verwirklichen. Eine schon bestehende Diktatur soll durch ein noch schlimmeres Gewaltregiment ersetzt, das alte fluchwürdige zaristische System soll in neuer Form wieder errichtet werden. Den Augenblick zur Verwirklichung seiner reaktionären Pläne und Diktaturgelüste hat sich der ehrgeizige Gewaltmensch Kornilow nicht übel gewählt: Der neue schwere Schlag, den das russische Heer bei Riga erlitt, hat nicht nur die Zersetzung in der Armee verschlimmert und beschleunigt, sondern auch die innerpolitische ins Unentwirrbare gesteigert und verschärft. Die revolutionsfeindlichen Kreise werden selbstverständlich alles in Bewegung setzen, um die aus der militärischen Niederlage entstandenen innerpolitischen Folgen, Schwierigkeiten und Verwirrungen mit voller Wucht auf Kerenski abzuwälzen. Dadurch ist aber die Riesenaufgabe, die Kerenski auf seinen Schultern trug, noch riesenhafter geworden. Von außen droht der Feind; im vollen Ernst wird schon davon gesprochen, daß die deutschen Truppen Petersburg bedrohen, ja die russische Hauptstadt in ihren Besitz bringen könnten. Schon der Gedanke an diese bloße Möglichkeit muß natürlich unheilvoll auf die ganzen inneren Verhältnisse, vornehmlich aber auf die Volksstimmung zurückwirken. Zum mindesten aber sind solche Situationen für gegenrevolutionäre Bewegungen ein überaus günstiger und fruchtbarer Boden. Ein großer, geschichtlich bedeutsamer Moment stellt das russische Volk, und vor allem die sozialistisch denkenden Massen, Arbeiter, Bauern und Soldaten, auf eine harte Probe. Werden sich die revolutionären Gedanken im russischen Volke, Sinn und Verständnis für die Demokratie, schon so gefestigt haben, daß alle reaktionären Anschläge gegen die Errungenschaften der Revolution am ehernen Volkswillen elend zerschellen? Wird vor allem Kerenskis Volkstümlichkeit und Kraft der Persönlichkeit stark genug sein, daß er zunächst das Steuer des schwankenden und schwer gefährdeten Staatsschiffs in der Hand behält?! Eine endlose Reihe von Fragen schließen sich an diese an. Man mag zu Kerenskis Diktatur stehen wie man will — Die Geschichte erst wird erweisen, ob sie nicht zu vermeiden war — gegen Kornilow verteidigt er jetzt sozusagen die durch die Revolution erkämpften Rechte und Freiheiten des russischen Volkes.

Der Sozialismus freilich hat mit Kerenskis Diktatur so wenig zu tun, wie mit der Kornilows. Die Sozialdemokratie kann in Kerenskis Gewaltherrschaft niemals einen erträglichen Versuch erblicken, eine demokratische Volksherrschaft darzustellen. Diktatur und Demokratie sind die schroffsten Gegensätze. Wenn der A.- und S.-Rat und die rechtsstehenden sozialistischen Gruppen Kerenskis Diktatur bisher unterstützten, so nur aus dem Zwange der Verhältnisse und aus Notwehr heraus. Kerenski wird aber in seiner Gewaltherrschaft immer weiter getrieben und stellt jetzt auch nichts anderes als eine Militärdiktatur dar, so daß der Zeitpunkt sicherlich gekommen ist, an dem auch die rechtsstehenden sozialistischen Organisationen mit Kerenski brechen müssen. Oder glauben sie, auch weiterhin ein Stück

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170911-11/fragment/page=0001

Verantwortung für dies Gewaltregiment übernehmen zu können? Die Arbeiterklasse steht vor ungeheuren Kämpfen.

Wie stark die Schichten und Kräfte sind, die Kerenskis Diktatur unter allen Umständen treu bleiben, wird der Fortgang des Ringens der beiden Diktatoren lehren. Wohl hat Kerenski den Schlag Kornilows sofort mit einem Gegenschlag abgewehrt, aber damit sind die gegenrevolutionären Kräfte, über die Kornilow verfügt, noch keineswegs gebrochen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß der machtlüsterne Generalissimus mit seinem dreisten Ansinnen an die Regierung so unverhüllt und offen hervorgetreten wäre, wenn er sich nicht eines starken Anhangs in der Armee wie im Bürgertum sicher wähnte. Er dürfte sich vor allem in der **Armee** aus den Kosaken und anderen zarentreuen Truppenteilen und vorwiegend aus den Offizieren zusammensetzen, die durch Geburt, Rang, soziale Stellung, Tradition, von vornherein Monarchisten, geborene und geschworene Volks- und Revolutionsfeinde sind und deren Karrieremachen unter der Herrschaft des Zarismus gesicherter war als in einer demokratischen Republik.

Im **Bürgertume** geben natürlich alle konservativen Elemente, namentlich die großen Grundbesitzer, die ihren Landbesitz durch demokratische Gesetze bedroht fühlen, lieber mit Kornilow, als mit Kerenski, und das gleiche dürfte für einen sehr erheblichen Teil der **kapitalistischen** Oberschicht gelten.

Der kapitalistischen Entwicklung in Rußland war ja das zaristische Regierungssystem nicht günstig; die Entwicklungsmöglichkeiten von kapitalistischer Industrie und Handel würden in einer **demokratischen Republik** Rußlands ganz andere sein. Das wissen auch die russischen Kapitalisten nur zu gut, und wenn sie eine Diktatur Kornilow wünschen, so sicher nicht, weil sie sich etwa wieder nach dem Absolutismus des Zaren zurücksehnen. Aber die bisherige Revolution ist ihnen bis jetzt auch so gar nicht nach Wunsch verlaufen. In Jahrzehnten vorbereitet und herangereift hat sie dann sofort nach ihrem vulkanartigen Ausbruch eine für die russischen herrschenden Klassen etwas überraschende Wendung genommen. Die Arbeiter, Bauern und große Teile des Heeres bildeten die Kerntruppen und Träger der Revolution und sicherten sich durch die **Arbeiter- und Soldatenräte** gleich von Anfang an einen weitgehenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der Dinge. Für das kapitalistische Bürgertum war das natürlich eine große Enttäuschung. Aber man sah sich angesichts dieser Entwicklung der Dinge gezwungen, „gute Miene zum bösen Spiel" zu machen. Man behalf sich zunächst damit, daß man dem Arbeiter- und Soldatenrat besonders in der Kriegs- und Außenpolitik eine Verlegenheit nach der anderen zu bereiten suchte. Diesen Druck von innen und den Druck von außen, durch die Verbündeten, wußte der Arbeiter- und Soldatenrat, der eigentliche Kontrollapparat der Revolution, dann nicht mehr anders zu begegnen, als durch Zugeständnisse und Kompromisse. Zu einer rein sozialistischen Regierung hielt man die Verhältnisse noch nicht reif, und so mußte man sich mit einem bürgerlichen Koalitionsministerium begnügen. Die immer größer werdenden inneren Schwierigkeiten führten dann schließlich dazu, daß man Kerenski uneingeschränkte Regierungsgewalt gab, ihn zum Diktator machte, weil man glaubte, daß dies die einzige Möglichkeit sei, das russische Staatsschiff am sichersten durch alle Fährnisse hindurchzusteuern. Kerenskis Versuche, das desorganisierte Heer durch Anwendung rücksichtsloser Strenge wieder kampffähig zu machen, hatten nur vorübergehenden Erfolg, für ihn aber die nachteilige Wirkung, daß er sich damit in weiten Volkskreisen und bei den revolutionär gesinnten Truppen seine Volkstümlichkeit untergrub. Mit den sich häufenden militärischen Mißerfolgen, dem Scheitern der Offensive, den wachsenden Schwierigkeiten, gewannen die gegenrevolutionären Strömungen an Ausbreitung. In dem von ihm mit so ungeheurer militärischer Gewalt ausgestatteten Kornilow hat sich Kerenski nun, unbewußt, selbst den gefährlichen Gegner geschaffen, der neben der militärischen Oberherrschaft auch die politische Macht an sich zu reißen trachtet. Man kann nicht mehr sagen, daß sich jetzt, in Kerenski und Kornilow verkörpert, gleichsam Revolution und Gegenrevolution gegenüberstehen, denn mit Kerenskis Diktatur sind die Errungenschaften der Revolution bereits zu drei Viertel ausgelöscht. Diktatur bleibt auf alle Fälle — gleichviel wer von den beiden Diktatoren „siegt".

Die wahrhaft **sozialistischen** Revolutionäre hat Kerenski geächtet, verfolgt und massenhaft verhaften lassen. Sein Regiment ist wohl gegen die „Leninisten" noch brutaler als gegen die Zaristen. Wie weit die Kraft der sozialistisch gesinnten Arbeiterbewegung geht, wird sich in den neuen grundstürzenden Kämpfen erweisen, denen das innere Rußland entgegentreibt. Möchten diese Kräfte aus der Tiefe stark genug sein, Rußland bald zum Frieden zu führen und der sich neubildenden Gesellschaftsform ihr Gepräge zu geben.

•

Eine **Berliner Parteikorrespondenz** führt folgendes aus:

„In Rußland kämpft der letzte Rest der sozialistisch-revolutionären Regierungsgewalt den Kampf um seine Existenz. Die Regierung Kerenski war in der letzten Zeit kaum noch etwas anderes als die Militärdiktatur unter der Leitung eines Zivilisten. Jetzt ist der Versuch unternommen worden, sie durch die Militärdiktatur eines Soldaten zu ersetzen. Der Sinn des Vorgangs vom 8. September ist der, daß der Inhaber der höchsten Militärgewalt den Inhaber der höchsten Zivilgewalt abzusetzen versuchte, worauf dieser seinerseits die Absetzung des staatsstreichlustigen Generals verfügte. Ob damit Herr Kornilow wirklich erledigt ist, muß die Zukunft lehren. Nach allem, was man von diesem energischen und abenteuerlustigen Haudegen weiß, ist er nicht der Mann, der sich von der Durchführung seiner Pläne so leicht abschrecken läßt. Daß er mit seiner kategorischen Botschaft an Kerenski nicht auf eigene Faust, sondern im Einverständnis mit der Entente gehandelt hat, ist in hohem Grade wahrscheinlich. Zwischen ihm und Kerenski kann es leicht zu einer Kraftprobe kommen, bei der beide dann verlangen würden, daß die Armee ihnen, d. h. also dem einen gegen den anderen, gehorchen solle. Und daraus droht der Verteidigungskraft Rußlands eine Zerrüttung, die das Maß der bisherigen noch weit übersteigt. — Als Verteidiger der republikanischen Zukunft Rußlands tritt Kerenski Kornilow entgegen. Denn es ist von vornherein klar, daß die Diktatur eines Generals den Weg zur Monarchie, wenn nicht schon diese selbst bedeutet. Kornilow oder Romanow wäre dann in Rußland die Frage, wie einst in Frankreich Bonaparte oder die Bourbonen. — Ziehen wir zwischen Frankreich und Rußland einen Vergleich, so finden wir, daß die Republik die Belastungsprobe des Kriegs weit besser überstanden hat als die absolute Monarchie. Was sich jetzt in Rußland ereignet, fällt nicht auf das Konto der Republik und der Demokratie, sondern auf das der Revolution, die die natürliche Folge der zarischen Mißwirtschaft war. Rußland ist durch den Sturz des Zaren noch keine Demokratie geworden, es hatte durch die Revolution nur den Platz geschaffen, auf dem das neue Gebäude der demokratischen Staatsform errichtet werden sollte. Eine Demokratie würde Rußland erst geworden sein, wenn die auf Grund des gleichen Wahlrechts zu wählende Konstituante dem Lande eine neue Verfassung gegeben hätte. Die Konstituante ist aber noch nicht zusammengetreten, ja noch nicht einmal gewählt. Der Versuch, mitten im Kriege gewaltsam aus der Monarchie in die Demokratie hinüberzuspringen, endet bis auf weiteres mit einem furchtbaren Wirrwarr."

Meldungen. Nach einem Bericht des Petersburger Korrespondenten des Corr. della Sera ist die **Gärung in den Arbeitermassen im Zunehmen** und wird gesteigert durch die sich verschlimmernde **Lebensmittelkrise** und die **Arbeitslosigkeit**, die durch die Unmöglichkeit, die Fabriken mit Rohstoffen zu versehen, veranlaßt wird. Im Arbeiter- und Soldatenausschuß gewinnt die extreme Richtung immer größeren Einfluß und in den wichtigsten Fragen die Oberhand.

Politische Uebersicht.

Der „freie Ausschuß".

Berlin, 10. September. Die Nordd. Allgem. Ztg. schreibt: Die Mitglieder des Reichstags und die Bevollmächtigten zum Bundesrat, die den Freien Ausschuß bilden, versammelten sich heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in dessen Hause zur Besprechung der deutschen Antwort auf die Kundgebung des Papstes. In mehrstündiger eingehender Beratung wurden die Verhandlungen unter sorgfältiger Prüfung der vorgebrachten Gesichtspunkte **zu Ende geführt**.

So wird man denn wohl bald die Bekanntgabe der Antwort erwarten können. Freilich: aus der Antwort, gleichviel wie sie ausfällt, wird **nicht** ersichtlich sein, **ob** und **wie** die „freie Kommission" daran mitgearbeitet hat. Denn der Kommission ist ja keine Anteilnahme, kein Beschlußrecht eingeräumt worden, so daß die Antwort unter allen Umständen lediglich eine **Antwort der Regierung** bleibt. Da die Kommission auch über die Verhandlungen **nicht berichten** darf, wird man niemals erfahren, wie die Antwort zustande gekommen ist. Diese Situation zeigt zur Genüge, ein wie luftiges Gebilde der „freie Ausschuß" ist. Er verschleiert die Lage, er täuscht etwas vor, was nicht ist.

Michaelis' Andeutungspolitik.

Der **Reichskanzler** hat sich bei seinem Aufenthalt in Stuttgart wiederum vor einigen Zeitungsvertretern — er legt offenbar großen Wert auf engere „Fühlung" mit der Presse — über einige politische Fragen geäußert. So sprach er über den **Partikularismus**, und versicherte, daß die einzelnen Bundesstaaten keinerlei Besorgnisse zu haben brauchten, sie würden in ihrem Recht verkürzt werden. Bestrebungen zu Vereinheitlichungen, die über die Reichsverfassung hinausgingen, bestünden nicht. So denke man in Preußen auch **nicht** an die Vereinheitlichung der deutschen **Eisenbahnen**. Diese Frage sei überhaupt heute in den Hintergrund getreten. Auf die Frage, wann und in welcher Form die preußische **Wahlrechtsvorlage** eingebracht werden würde, antwortete Dr. Michaelis, sie werde dem preußischen Landtag sogleich zu Beginn seiner nächsten Tagung vorgelegt werden. Wie die Vorlage aussehen wird, verriet er nicht. Er begnügte sich mit der etwas unbestimmten Wendung, sie werde vom „Geiste des Reichstagswahlrechts" beherrscht sein. Diese Wendung ist von Wichtigkeit, weil sie die Antwort auf die Frage ist, ob das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt werden solle. An der Frage **Elsaß-Lothringen**, erklärte der Reichskanzler, werde zur Zeit eifrig gearbeitet. Es sei aber noch nicht entschieden, ob eine **Teilung des Landes** oder eine Umbildung zu einem **selbständigen Bundesstaat** vorgenommen werden solle. Bei der Erörterung der **Steuerfrage** meinte Dr. Michaelis, er sei kein Freund von Monopolen, weil sie teurer arbeiten und die Qualität der Waren beeinträchtigen. Aber man werde genötigt sein, sich darüber hinwegzusetzen. In der Steuerfrage werde man künftig andere Wege beschreiten müssen, indes bedürften die Steuerquellen der Einzelstaaten der Schonung.

Die meisten der Aeußerungen des Kanzlers sind ziemlich unbestimmter Natur und verschiedener Ausdeutung fähig. Das scheint er als politischen Grundsatz zu betreiben. Im ganzen bleibt der Eindruck, daß der Kurs des neuen Mannes durchaus nicht nach links gerichtet ist. Die Schonung der Steuerquellen der Bundesstaaten bedeutet, daß die neuen Lasten in der Hauptsache nicht durch direkte Steuern aufgebracht werden sollen. Die Abweisung der Forderung nach Reichseisenbahnen geht in derselben Richtung. Das einzige, was die Reichstagsmehrheit erfreuen kann, ist das Versprechen der prompten Einbringung der preußischen Wahlrechtsvorlage, wo aber auch noch ein starkes Aber bleibt von wegen der ausweichenden Wendung „vom **Geiste** des Reichstagswahlrechts". Um so bedenklicher ist dann die Mitteilung über Elsaß-Lothringen. Der Kanzler, der die Zügel in der Hand behalten will, hat sich also noch nicht einmal entschieden, ob dem elsaß-lothringischen Volke volle Gleichberechtigung im Reich gegeben werden soll oder ob es geteilt, also wohl andern Bundesstaaten zugeteilt werden soll. Ein schärferer Gegensatz, als diese beiden Lösungen, die der Kanzler als gleichmöglich hinstellt, ist wohl nicht denkbar. Die erstere bedeutet Demokratisierung und ein Stück Entgegenkommen an die Forderungen der Entente in bezug auf die Lösung der Frage des Reichslandes. Die zweite ist das genaue Gegenteil, bedeutet die Verneinung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Verschärfung der im Friedensvertrag zu lösenden Gegensätze. Der Vorwärts verrät ob der Andeutung dieser zweiten Möglichkeit großes Unbehagen. Und die Dresdener Volkszeitung schwingt sich sogar zu einer ziemlich scharfen Kritik auf. Sie meint nebenbei, im Reichstage werde jeder solche Plan, Elsaß-Lothringen zu teilen, auf sehr entschiedenen Widerstand stoßen. Wir sind begierig, ob diese Voraussage zutreffen wird. Die Reichstagsmehrheit hätte bei dieser Frage eine Gelegenheit, zu zeigen, daß gegen sie in Deutschland nicht regiert werden kann. Ist sie aber in dieser Frage so einig, wie die Dresdener Volkszeitung andeutet? Vielleicht wird die nächste Zeit uns darüber Klarheit geben.

Zum Vormarsch von Riga

Kleine politische Nachrichten.

Sozialdemokratische Stadträte in Holland. In Holland haben die Neuwahlen in die Verwaltung der Stadt- und Landgemeinden am ersten Dienstag im September stattzufinden. Bei den diesmaligen Wahlen wurden zum erstenmal Sozialdemokraten zu Stadträten gewählt: in Haag, Dordrecht, Schiedam, Zwolle und Franeker. Wiederwahl erfolgte in Amsterdam (2 Sitze), Zaandam, Aengwieden und Schoterland. In Schoten ging der innegehabte Sitz verloren, weil infolge Parteizwist die Zahl der Gemeindevertreter auf 3 gesunken war. In Groningen lehnten die Genossen es ab, einen Kandidaten zu präsentieren. — Bemerkt sei, daß mit Ausnahme von Zaandam, wo die Genossen die Mehrheit im Gemeindeparlament haben, die Wahl der sozialdemokratischen Stadträte nur im Wege des Entgegenkommens der bürgerlichen Parteien möglich war. — In Amsterdam wurde Wibaut mit 41 (von 44), Vliegen mit 30 Stimmen wiedergewählt.

Professoren für Freiheit.

In diesen Zeiten der Wilsonschen Antwortnote an den Papst kommen fünf Vorträge zupaß, die gegen Wilsons erste Kriegsreden die Professoren **Harnack**, **Meinecke**, **Sering**, **Tröltsch** und **Hintze** in Berlin gehalten haben, und die soeben vom Verlag Perthes in Gotha gesammelt unter dem Titel Die deutsche Freiheit herausgekommen sind.

Die Vorträge der beiden Theologen, der zwei Historiker und des Volkswirtschaftlers enthalten einerseits eine gründliche Abrechnung mit Wilson, dem sie den Widerspruch gegen seine eigenen früheren Auslassungen und Schriften gründlich vor Augen führen, und dem sie vorhalten, wieviel Freiheit und Menschenrecht noch in den Vereinigten Staaten fehlt; sie untersuchen aber zugleich auch kritisch das deutsche Verfassungswesen und prüfen nach, wie weit es einer Umgestaltung bedarf. Namentlich der Vortrag von **Meinecke** spricht hier mit erfrischender Deutlichkeit ein Urteil über die Notwendigkeit der innerpolitischen Neuordnung aus. Meinecke liebt das Junkertum, weil es einen Bismarck hervorgebracht hat, und sucht jedes harte Wort gegen die Konservativen zu vermeiden. Aber er kann doch nicht umhin, offen auszusprechen:

„Wir wollen in Preußen **nicht mehr von Junkern und Korpsstudenten regiert sein** — auch nicht von solchen, die sich ihnen innerlich angeglichen haben, und deren Zahl leider größer ist, als die Zahl der geborenen Junker. . . . Jeder, aber jeder Ueberrest des alten Privilegien- und Kastengeistes ist heute von Uebel. Denn das deutsche Volk ist dazu reif geworden, in jede der führenden Stellungen, für die bisher junkerliche Herkunft oder junkerliche Gesinnung sich empfahl, Söhne aus seiner Mitte zu entsenden, die nur der Berufung harren, um ihre Begabung und Tüchtigkeit zu entfalten. . . . Nur ein eng mit seinem Volke und den Massen seines Volkes verbundener Staat kann künftig noch aufrecht stehen in der Welt und einen solchen gewaltigen Verteidigungskrieg wieder führen, wie wir ihn heute führen. Macht und Freiheit sind künftig noch viel enger verwachsen mit einander als bisher. Das ist auch der Sinn in dem Unsinn unserer Gegner, daß in der Tat eine mächtige, **unaufhaltsame Welle von Demokratie durch die Welt geht**. Darum ist es mit halben Mitteln nicht mehr getan. Die Einführung des demokratischen Reichstagswahlrechts in Preußen muß heute auch von denen befürwortet werden, die in mittelparteilicher Gesinnung die innerpolitischen Fragen anzusehen gewohnt sind."

So treten denn diese Professoren mit Entschiedenheit für die sofortige Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein, die seither ja auch von der Regierung angekündigt worden ist und in diesem Herbst und Winter durchgesetzt werden soll. Den Parlamentarismus lehnen sie ab, weil er sich lediglich zur Verfassung des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates eignet, und weil Parteiregierungen bisher stets die schlechteste Sozial- und Steuerpolitik getrieben hätten. Sei erst in Preußen das gleiche Wahlrecht durchgeführt, dann müßten die Minister sowieso auf längere Zeit gesehen im Einklang mit dem Volkswillen bleiben. Den gleichen Standpunkt vertritt **Hans Delbrück**, der gleich Meinicke den parlamentarischen Kabinetten eine ruhige, gleichmäßige, äußere Politik, die sich vom kapitalistischen Imperialismus freihält, nicht zuzutrauen vermag.

Aber wie man auch über diese Sonderfrage denken mag, es wird für die Arbeiterklasse, die für volle staatliche Gleichberechtigung kämpft, von Wert sein, daß auch die namhaftesten Vertreter der deutschen Wissenschaft für die sofortige Beseitigung des Privilegienstaates eintreten und mit dem Volke gegen den Geist der Unfreiheit und Bevormundung kämpfen wollen.

Macht der Großindustrie.

Nicht nur die Wirtschaft der heutigen Menschheit wird durch die Macht des Großkapitals bestimmt, sondern auch die Gesellschaftsform. Der Besitz bildet die Klassen und die Klassen geben der Gesellschaft ihr Gepräge. **Wie** die Großkapitalisten ihre Macht ausüben, darüber gibt es vortreffliche Untersuchungen und Darlegungen. Heute sei jedoch nur mitgeteilt, was ein ganz extrem **rechts** stehender **Gewerkschaftler** in einem Aufsatz in der Parteipresse zusammenfassend ausführt. Der zweite Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Aug. **Winnig**, sagt da:

„Was andere Berufsstände und Interessengruppen auf öffentlichen Kongressen und in einer weitverbreiteten Fach- und Tagespresse verhandeln und besprechen, das ist bei der Großindustrie Gegenstand internster Konventikel und vertraulichster Konspiration. So ist es heute und so war es schon vor zwanzig Jahren.

Nur einige Erinnerungen: „Ich gehe hin, um scharfzumachen!" sagte der nun schon lange verstorbene Freiherr v. Stumm beim Antritt einer Reise, die ihn an den Hof führte. Das war nach dem Scheitern der unter Caprivi betriebenen sogenannten Versöhnungspolitik in der Zeit, die von Versuchen zur **Knebelung der Arbeiterbewegung** angefüllt war; die Umsturzvorlage und der Zuchthausgesetzentwurf bezeichnen ihre Höhepunkte. Im Jahre 1896 schrieb der gleichfalls verstorbene Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, Herr **Bueck**, einen später von Schönlank in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Brief an einen süddeutschen Industriemagnaten, in dem es hieß: „Daß wir Berlepsch endlich kleingekriegt haben, erfüllt mich mit hoher Befriedigung"; und der weiter schilderte, wie man den Bureaukraten Brefeld, der den Reformer Berlepsch hatte ersetzen müssen, den Wünschen der Großindustrie gefügig zu machen gedachte. Zugleich deckte der Brief die enge Verbindung der Großindustriellen mit der Regierung bei der Vorbereitung der Handelsverträge auf, die so weit gegangen war, daß Regierungsleute jahrelang in den Bureaus des Zentralverbandes gearbeitet hatten. Den Gipfel erreichte diese unterirdische Tätigkeit der scharfmacherischen Großindustriellen zur Zeit des Zuchthausgesetzentwurfs, als das Reichsamt des Innern von ihnen 12 000 Mk. erbat und erhielt, um damit die Kosten einer großzügigen Propaganda für diesen Gesetzentwurf zu decken. Aus neuerer Zeit ist der Vorstoß der Bergherren vom Jahre 1909 bekannt, bei dem es sich darum handelte, aus dem drohenden Bergarbeiterschutz eine Harmlosigkeit nach der Art der „weißen Salbe" zu machen. Die Spuren dieser Tätigkeit reichen bis in die jüngste Gegenwart.

Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wollte man nicht sehen, daß der Einfluß der Großindustrie auf das, was man umschreibend die **oberen Regionen** nennen mag, heute wieder einmal bedenklich stark geworden ist. Die Beseitigung des Generals Groener ist dafür wohl das auffallendste, aber bei weitem nicht das einzige Zeugnis. Die Hand der Großindustrie fingert auch an Stellen herum, an denen man sie meistens nicht vermutet, wie wir, d. h. die breiten Schichten des Volkes denn überhaupt die Rolle der Großindustrie im politische

Leben viel zu ausschließlich nach den reinen Arbeitgeberinteressen beurteilen. Die politische Tätigkeit der Großindustrie erstreckt sich auf ein weit größeres Gebiet und sie ist dort nicht weniger bemerkenswert als auf dem Gebiete des Arbeiterrechts. Man darf überzeugt sein, daß unter den Widerständen, auf die der Reichstag bei den Entscheidungen der letzten Wochen stieß, der Einfluß der Großindustrie nicht die geringste Rolle gespielt hat.

Es ist nichts weniger als ein Zufall, wenn wir die namhaftesten Vertreter der Großindustrie im Vordertreffen der annektionistischen Heimkrieger finden. Je mehr sich die Ueberzeugung festigt, daß wir nach dem Kriege zur staatlichen Organisation des Wirtschaftslebens übergehen müssen, um so nachdrücklicher bekämpft die im Dienste der Großindustrie stehende Presse diesen Gedanken. Mit philosophischen, ethischen, rassenhygienischen Gründen rückt sie der „Gefahr" zu Leibe, einer Gefahr, die nur für die Großindustriellen besteht, denn in der Tat hat sonst niemand einen Grund, diese Entwicklung zur staatlich organisierten Wirtschaft zu fürchten, da alles dabei gewinnt und nur die absoluten Könige der großen Industrie eine Einbuße zu besorgen haben. Ein Vergleichsfriede, ein Friede also, der die Erlangung von Kriegsentschädigungen ausschließt, läßt aber nach vernünftigem Ermessen gar keine andere Möglichkeit der Erneuerung des deutschen Wirtschaftslebens zu, als eben die Verstaatlichung großer Industriezweige. Der Kampf gegen den Verständigungsfrieden und für den Gewaltfrieden mit Annektionen und Entschädigungen ist zugleich ein Kampf gegen die staatliche Wirtschaftsorganisation und für den Fortbestand der unbeschränkten Herrschaft des Industriekapitals.

Wir aber müssen uns daran gewöhnen, die Politik der Großindustrie als eine wohldurchdachte Vertretung kapitalistischer Interessen aufzufassen. Es gibt keine Interessengruppe in Deutschland, die die Richtung ihres Handelns mit größerer oder auch nur mit gleicher Umsicht wählt, wie die Führung der Großindustrie. Wie es andererseits keine Klasse gibt, die vor der Politik der Großindustrie mehr auf der Hut sein müßte, als die Arbeiterschaft."

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. September 1917.

Die städtische Winterkartoffelversorgung.

Die Versorgung der Einwohner mit Winterkartoffeln soll in diesem Jahre nach amtlichen Mitteilungen in folgender Weise erfolgen:

Es ist den Haushaltungen überlassen, ihren Bedarf an Winterkartoffeln zu decken, entweder durch wochenweisen Einkauf auf Grund von Kartoffelkarten oder durch zentnerweisen Bezug. Der zentnerweise Bezug kann von der Stadt erfolgen, entweder durch Zufuhr seitens eines hiesigen Kartoffelgroßhändlers, oder durch Selbstabholung vom Güterbahnhofe zu einem entsprechend ermäßigten Preise. Zentnerweise kann auch bezogen werden von einem Landwirt der folgenden Kreise: Stadtkreis Halle, Saalkreis, Kreis Bitterfeld, Delitzsch und Querfurt. Der Kreis Eckartsberga kommt infolge anderweiter Anordnung für die Kartoffellieferung nicht mehr in Frage.

Für jede Person eines Haushalts, mit Ausnahme der Kinder unter einem Jahre, kann als Wintervorrat ein Zentner bezogen werden. Es werden nur ganze Zentner geliefert. Von jedem Zentner werden 10 Pfund als Schwund gerechnet. Zur Erledigung der nötigen Vorarbeiten werden am **Mittwoch**, den 12. und Donnerstag, den 13. d. M. in den städtischen **Markenausgabestellen Antragsformulare auf Ausfertigung von Bezugsscheinen für Winterkartoffeln** ausgegeben und werden diejenigen Haushaltungen, welche ihre Winterkartoffeln zentnerweise beziehen wollen, hiermit aufgefordert, in ihren zuständigen Markenausgabestellen die Vordrucke in Empfang zu nehmen. Die Vordrucke sind deutlich und vollständig auszufüllen und ist die Art des Bezuges nach den obigen drei Möglichkeiten deutlich anzugeben. Die ausgefüllten Formulare sind sodann in der Markenausgabestelle wieder abzugeben, und zwar:

am Freitag, den 14., Sonnabend, den 15. und Montag, den 17. September von denjenigen Haushaltungen, welche an diesen Tagen ihre Brotmarken in Empfang nehmen und außerdem:

am Freitag, den 14. d. M. von den Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben G bis H.,

am Sonnabend, den 15., d. M., **von den Haushaltungen mit den** Anfangsbuchstaben J bis L.,

am Montag, den 17. d. M, **von den Haushaltungen mit den** Anfangsbuchstaben M bis R.

Der Lebensmittelschein ist bei der Abgabe vorzulegen. **Die** nicht rechtzeitige Rückgabe **der Meldung hat Verzögerung der** Kartoffellieferung zur **Folge.**

Für die Selbstabholer **vom Güterbahnhof wird noch** bemerkt, daß sich auch eine Reihe von Selbstabholern zur gemeinsamen Abholung zusammentun, nach Wunsch auch einen Kleinhändler mit der Abholung betrauen können.

Konsumvereine, Beamtenvereine, Leitungen von Fabriken und ähnlichen Unternehmungen können für ihre Mitglieder bzw. ihre Angestellten und Arbeiter usw. die von diesen gewünschten Wintervorräte an Kartoffeln in ganzen Waggonladungen zum Zwecke der Verteilung an jene beziehen. Die Mitglieder der Vereine bzw. die Angestellten und Arbeiter, welche die Kartoffeln durch die Vereine bzw. durch ihre Fabrikleitungen usw. beziehen wollen, haben sich auf den in den Markenausgabestellen in Empfang zu nehmenden Vordrucken als Selbstabholer zu bezeichnen und hierbei zugleich den Verein bzw. die Fabrikleitung usw. zu nennen, durch die sie die Kartoffeln beziehen wollen. — Die genannten Vereine und Unternehmer haben die Gesamtbestellung durch Einreichung einer Liste beim Stadt-Ernährungsamt zu beantragen, welche folgende Angaben enthalten muß: Namen der einzelnen Besteller (Mitglieder bzw. Angestellte und Arbeiter usw.) in alphabetischer Reihenfolge; Angabe der Wohnung der einzelnen Besteller; Zahl der im Lebensmittelschein vermerkten Angehörigen der einzelnen Besteller mit Ausnahme der Kinder unter einem Jahr; Zahl der von dem einzelnen bestellten Zentner; Nummer des Lebensmittelscheins der Besteller. Die bestellenden Vereine usw. erhalten in Erledigung ihres Antrages einen Sammelbezugsschein, auf Grund dessen die Kartoffeln entweder, wenn dies so beantragt war, bei einem Landwirt eines der Versorgungskreise (Stadtkreis Halle, Saalkreis, Kreis Bitterfeld, Delitzsch und Querfurt) oder durch Abnahme der bestellten Menge in ganzen Waggonladungen von der Stadt bezogen werden können. Werden Kartoffeln so bezogen, so sind die Antragsteller für die ordnungsmäßige Verteilung der bezogenen Menge an die Mitglieder, Angestellten usw. allein haftbar; an die Stadt können in solchem Falle Ansprüche der einzelnen Besteller wegen nicht ordnungsmäßiger Versorgung nicht gestellt werden.

Der Bezug von Winterkartoffeln aus anderen als den vorgenannten Kreisen kann nur nach vorheriger Genehmigung der für die Ausfuhr zuständigen Behörde (Landratsämter erfolgen.

Tabaksqualen.

Was sie nicht alles erduldet haben, die armen, gequälten Raucher. Erst wurden die Glimmstengel immer schlechter, notgedrungen griff der passionierte Raucher zu einer „höheren Preislage"; dann wurden sie immer kleiner, der Mann half sich, indem er ein paar mehr rauchte; schließlich oder gleichzeitig wurden sie auch immer teurer, doch auch das ertrugen die Raucher, wenn es ihnen auch schwer genug wurde, da sie doch nicht alle Kriegslieferanten sind. Es wurde zwar weidlich geschimpft und giftig gespuckt — das letztere wegen des „starken Tobaks" —, aber geraucht wurde er trotzdem. Manchmal machte er freilich Schwierigkeiten, selbst diesen starken Tobak aufzutreiben, nicht selten war dazu stundenlanges Warten an den Geschäften nötig, doch die Raucher hielten aus. Nach der Qualität wurde dabei kaum noch gefragt. Nach mancher Uebung und nach manchem Rachenkatarrh mit Halsentzündungen hatten es die meisten Raucher bald dahin gebracht, daß sie mit glühender Begeisterung und abgestumpften Geruchs- und Geschmacksnerven das vaterländische Kraut noch immer besser vertrugen als ihre lieben Mitmenschen, die sich den Qualm dieses Krautes ins Gesicht blasen lassen mußten. Aber von der Berechtigung etwaiger zum Schutze seiner Mitmenschen erlassener Verbote ist der Raucher selbstverständlich nie zu überzeugen, auch dann nicht, wenn sein Tabak noch so stark ist. Im übrigen macht er sich ja nichts aus starkem oder weniger starkem Tabak, wenn es nur „qualmt". Was die lieben Mitmenschen darüber denken, was sie erdulden, einatmen, riechen, schlucken müssen, das ist dem Raucher ganz gleichgültig. Und wenn ihm schließlich der „starke Tobak" die Zunge pelzig beizt, so geht das auch niemand etwas an, das ist eben — Geschmackssache.

In letzter Zeit zogen dunkle Gewitterwolken über den Häuptern der Raucher zusammen. Gerüchte tauchten auf, es stehe ein allgemeines Rauchverbot bevor. Nur noch im stillen Kämmerlein — ähnlich wie in den seligen Zeiten der ersten jugendlichen Rauchversuche — sollte geraucht werden dürfen; auf offenen Straßen und Plätzen sollte es verboten sein. Man sprach von der Rationierung und von Tabakkarten, von den täglich steigenden Tabakpreisen sprach man überhaupt nicht mehr. Da das Rauchen eine allgemein verbreitete „Sitte" ist, braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Gerücht über das Rauchverbot die Gemüter der Raucher tief erregte, viel mehr als der starke Tobak. Es wurde also sozusagen durch die fortgesetzten Schwierigkeiten, denen sich die Raucher gegenübersahen, sehr viel Zündstoff angehäuft, was bei der Art, mit der Raucher manchmal mit Feuerzeug umgehen, immerhin gefährlich schien. Daher griffen die maßgebenden Stellen in der richtigen Erkenntnis der brenzlichen Situation rechtzeitig ein mit der Ankündigung, daß weder die Einführung von Tabakkarten, noch ein Rauchverbot auf der Straße, noch sonst eine andre Maßregelung in Aussicht genommen ist. Die Einführung von Tabakkarten hat überhaupt einen Haken. Gegen sie spricht vor allem die Erwägung, daß eine gleichmäßige Zuteilung nicht in Frage kommen kann, da es bekanntlich nicht nur Raucher, sondern auch Nichtraucher gibt. Die letzteren hätten naturgemäß auch einen Anspruch auf Tabakkarten, da sie ja Tabakerzeugnisse zu Geschenkzwecken, vor allem für Angehörige in der Front, verwenden können. Die Tabakkarte würde infolgedessen unzweifelhaft zu einem gesuchten Handelsartikel werden, wodurch der Zweck der Rationierung von vornherein vereitelt wäre.

Nach dieser halbamtlichen Ankündigung werden die Raucher erleichtert aufatmen. Aber einer Einschränkung des Verbrauches werden sie doch nicht entgehen, dafür sorgen schon die hohen Tabakpreise. Vorläufig freilich wird es noch ein Weilchen dauern mit der Einschränkung, denn schon haben sich auch auf dem Gebiet des Tabakrauchens viele Bahnbrecher einer neuen Zeit gefunden, wie aus folgender Zeitungsnotiz hervorgeht:

Zigaretten mit — Heu! Ein Mann in Soldatenuniform wendet sich auf der Straße und in Häusern an Herren und bietet ihnen „echte bosnische Zigaretten" als glänzenden Gelegenheitskauf an. Er verfügt über große Mengen und findet auch reichlichen Absatz. Später stellt es sich heraus, daß die Zigaretten mit Heu oder ähnlichem Material gefüllt sind. Oft kommt es vor, daß die Leute die Zigaretten kaufen, um sie ins Feld zu senden, und dann sind die Soldaten an der Front, die die Liebesgabe sehnsüchtig erwarten, getäuscht.

Inzwischen ist den Rauchern auch von anderen findigeren Ersatzlieferanten Hilfe gekommen. Es gibt jetzt Kräutertabak, angeblich aus „Waldmeister, Lawendelblüten, Fenchel, Sandelholz, Erdbeerblättern und dergl." hergestellt. Ein Raucher behauptet zwar, daß er unter „dergleichen" etliche unkontrollierbare Stoffe gefunden habe. Einige Stückchen hätten große Aehnlichkeit mit zerhacktem Stroh gehabt. Im übrigen habe er festgestellt, daß Rauchkräuter mit etwas Tabak vermischt in der Pfeife einen matten Geschmack, gewaltige Rauchwolken in grauer Farbe und ein verdächtiges Knattern im Kopf — zunächst natürlich dem der Pfeife — erzeugen. Doch das alles trägt der Raucher ohne Murren, wie er sich denn auch darüber klar sein muß, daß die „Fabrikation" dieser Rauchkräuter nicht etwa erfolgt, um dem Verbraucher aus den Verlegenheiten des Tabakmangels zu helfen, sondern sie soll den „Fabrikanten" zu reichlichen „Kriegsgewinnen" verhelfen.

Haben sich die Raucher erst einmal an den Konsum von Heu gewöhnt, dann ist zwar der Tierwelt auch auf diesem Gebiet durch die Menschen neue Konkurrenz entstanden, aber dafür sind die Aussichten, daß die Raucher ihren Genuß aufgeben müssen, in weite Ferne gerückt. Vorerst bleiben also die Rauch- und Brandopfer trotz des Krieges erhalten, sie sind freilich auch danach.

Neue Bekanntmachungen.

Aepfel werden weiter **auf** Nr. 28 001 bis 42 000 **in der Talamtschule** verkauft.

Für Jugendliche gibt es in den Geschäften von Moß auf gelbe Warenbezugskarten Schokolade.

* **Ueber Feuerbestattungen im** Hallischen Krematorium wird uns geschrieben: Zur Vornahme von Feuerbestattungen in Preußen ist der Nachweis, daß der Verstorbene die Einäscherung seiner Leiche angeordnet hat, beizubringen. Dieser Nachweis ist in vielen Fällen in nicht rechtsgültiger Form ausgefertigt, so daß die Einäscherung hier nicht stattfinden konnte und die Ueberführung der Leiche nach nichtpreußischen Krematorien vorgenommen werden mußte. Die Abgabe der mündlichen Willenserklärung zur Feuerbestattung kann nur vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person erfolgen. Legitimation ist dabei vorzulegen. Zur kostenlosen Ausfertigung solcher letztwilligen Verfügung sind hier verpflichtet: 1. die Vorsteher der Polizeireviere; 2 der Leiter des Begräbnisamtes, Gr. Berlin 11; 3. der Inspektor des Gertraudenfriedhofes.

* **Staatlich-Städtische Handwerkerschule.** Mit Beginn des Winterhalbjahres am 1. Oktober d. J. wird der Unterricht an der Anstalt in allen Abteilungen, ausgenommen in der Maschinenbauabteilung, wieder aufgenommen. Anmeldungen vom 15. September bis 1. Oktober in der Direktion, welche die näheren Bestimmungen und den Unterrichtsplan dortselbst bekanntgibt. Innerhalb der Kunstgewerbeabteilung werden die bisher öffentlich zugänglichen Vorträge über Plastische Anatomie durch Herrn Professor Dr. Eisler und über Die Geschichte der Kunst von der Renaissance bis zur Gegenwart durch Herrn Dr. Oskar Hagen fortgeführt. Anmeldungen zum Besuche dieser Vorträge (Beitrag 6 Mk.) sind bis spätestens 1. Oktober einzureichen.

* **Einführungskurse für Fabrikpflege und Arbeitsberatung.** Die Kriegsamtstelle Magdeburg veranstaltet im Oktober in Magdeburg einen dritten Einführungskursus für Fabrikpflege (8. bis 20. Oktober) und einen Kursus für Arbeitsberatung (15. bis 20. Oktober). Bei beiden Kursen ist eine praktische 14 tägige Uebungszeit vor oder nach dem theoretischen Teil durchzumachen, die aber unter Umständen auch in anderen Orten des Korpsbezirks abgeleistet werden kann. Die Fabrikpflege erfordert eine leistungsfähige, vollberuflich tätige Arbeitskraft. Die Arbeitsberatung wird in der Regel keinen Vollberuf darstellen; die Tätigkeit wird daher teils ehrenamtlich, teils gegen halbe Bezahlung zu leisten sein, kann auch unter Umständen mit anderer Kriegshilfsarbeit oder mit häuslichen Studium verknüpft sein. Die Teilnahmegebühren betragen für den Kursus für Fabrikpflege 20 Mk., für Arbeitsberatung 10 Mark. Auf Antrag kann Ermäßigung und Beihilfe zum Aufenthalt gewährt werden. Zugelassen werden nur Persönlichkeiten zwischen 25 und 40 Jahren mit sozialer Vorbildung oder erprobter praktischer sozialer Arbeit, über die Zeugnisse und Empfehlungen vorliegen, in geeigneten Fällen kann von der unteren Altersgrenze Abstand genommen werden. Eine Gewähr für Anstellung entsteht durch die Teilnahme an den Kursen nicht. Nähere Auskunft und Anmeldungen bis spätestens 29. September bei der Frauenarbeitshauptstelle der Kriegsamtstelle Magdeburg, Fürst-Leopold-Straße.

* **Keine besondere Lebensmittelversorgung der geistig Arbeitenden.** Von einzelnen Landesernährungsämtern war beim Kriegsernährungsamt angeregt worden, im Hinblick auf die erweiterte Lebensmittelversorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter auch für die geistig Arbeitenden, an die im Vergleich zur Friedenszeit erheblich höhere Anforderungen gestellt werden, eine bessere Versorgung in Aussicht zu nehmen. Der Präsident des Kriegsernährungsamts weist in seinem Bescheide daraufhin, daß die vorhandenen Lebensmittel vorläufig ein Vorgehen in der angeregten Richtung nicht tunlich erscheinen lassen.

* **Zur Verarbeitung von Birnen und Pflaumen.** Durch eine neue Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird unter Aufhebung früher erlassener Bestimmungen wieder zugelassen, daß Obsterzeuger Birnen in den Grenzen ihres Hausbedarfes in sogenannten Krautpressen zu Obstkraut für sich verarbeiten lassen. Im übrigen darf Obstkraut wie Dörrobst gewerbsmäßig nur mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen hergestellt werden. Die gewerbsmäßige Herstellung von Pflaumenmus ist gänzlich verboten.

* **Ueber die Einziehung der Zweimarkstücke** ist folgende Verordnung erlassen: Die Zweimarkstücke sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Januar 1918 an nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt an ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Bis zum 1. Juli 1918 werden Zweimarkstücke bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine oder Darlehnskassenscheine umgetauscht:

* **Im Volkspark** findet morgen, Mittwoch, nachmittag wiederum ein Verwundetenfreikonzert statt, worauf wir hiermit aufmerksam machen. Die Gelegenheit, schöne Sommertage im Volksparkgarten zu verbringen, muß man jetzt wahrnehmen, ehe die Herbstkühle kommt.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, findet eine Aufführung von Richard Wagners Tannhäuser in der Besetzung der Erstaufführung mit Kammersänger Oskar Bolz als Gast statt. Morgen, Mittwoch, wird Gespenster von Ibsen, Donnerstag Zar und Zimmermann von Lortzing gegeben. Freitag findet die Erstaufführung von Thomas' Moral statt. Die Erstaufführung der Oper Serva Padrona und des Kleistschen Lustspiels Der zerbrochene Krug ist auf Sonntag angesetzt.

* **Bad Wittekind.** Morgen, Mittwoch, abends ½8 Uhr, findet Militär-Konzert von der Kapelle des 13. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillons (IV. 31) mit besonders gewählter Vortragsfolge statt. Der Eintrittspreis beträgt 35 Pf., Dauerkarten haben Gültigkeit.

* **Feuer.** Zur Beseitigung eines Stubenbrandes wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Kröllwitzer Straße gerufen. Nach kurzer Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

* **Lebensmitteldiebstahl. Am Grünen Weg wurde ein Mann von einem berittenen Polizeibeamten beim Bohnendiebstahl betroffen.** Sein Name ist festgestellt.

* **Ueberfahren.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute mittag 12 Uhr in der Magdeburger-, Ecke Hagenstraße, indem ein älterer Mann durch einen Feuerwehr-Gerätewagen überfahren wurde, wobei der Mann starke Verletzungen am rechten Oberschenkel und am Kopfe erlitt. Die Schuld trifft den Verunglückten selbst, da der Führer des Wagens rechtzeitig und anhaltend gewarnt hat, der Mann aber noch die Straße überschreiten wollte.

Die Kreisfleischstelle teilt mit: Gemäß der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 10. bis 16. September als Wochenmenge etwa 200 Gramm Fleisch oder Wurst auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Saalkreises zur Verteilung. Kinder unter sechs Jahren erhalten die Hälfte. Die hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Von der Reichsfleischkarte werden die Abschnitte a bis h für den Empfang des Schlachtviehfleisches und der Wurst bestimmt. Von den Kinderfleischkarten gelten die Abschnitte a bis d.

Nietleben. Kinderheim. In einer Bekanntmachung fordert der Gemeindevorsteher alle Kriegerfrauen und Mütter, die auf die Arbeit gehen oder gehen wollen, auf, ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder im Laufe der nächsten Tage während der Dienststunden oder in der Zeit von abends 6 bis 7 Uhr auf dem Schulzenamte anzumelden. Um den Frauen die Möglichkeit zu geben, auf die Arbeit zu gehen, sollen die Kinder unter die Aufsicht einer geprüften Kindergärtnerin gestellt werden. Nach der Bekanntmachung ist jetzt jedenfalls die Möglichkeit vorhanden, das im Jahre 1915 in der Schule in der Kröllwitzer Straße eingerichtete Kinderheim wieder ins Leben treten zu lassen. Das genannte Kinderheim stand unter der Oberaufsicht der Frau Pastor Kästner, die darin untergebrachten noch nicht schulpflichtigen Kinder erhielten neben Pflege und Abwartung gegen mäßiges Honorar noch Mittagessen. Leider mußte das Heim damals wegen fehlender Mittel geschlossen werden. Hoffentlich ist die Neubelebung unter Schwesternleitung von Bestand.

Lettin. Die Konsumvereins-Leitung macht uns darauf aufmerksam, daß der Einsender der Mitteilung aus Lettin vom Sonnabend, in einem Punkte unvollständig berichtet hat. Denn außer Hafermehl sind in den letzten drei Monaten noch mehrfach verteilt worden: Erbsen, Graupen, Grieß, Nudeln, Haferflocken und Suppen, und daneben gab es gelegentlich Honig, Mus, Käse und Kartoffelwalzmehl, so daß sich für die Gesamtversorgung ein wesentliches anderes Bild ergebe. — Da der Konsumverein selbst den Verkauf geregelt hat, wird diese Darstellung zweifellos die zutreffendere sein.

Dammendorf. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 3. zum 4. September drangen Diebe in die Wohnung des Landwirts August Humbert ein. Sie stahlen nicht nur den größten Teil der Ausstattung, ein Dutzend Paar Schuhe und acht Kleider der Frau H., sie zerschlugen auch Schränke, wertvolles Geschirr und Bilder und beschmutzten die Wohnung und Betten in ekelhafter Weise. Dann ließen die Täter noch einen Handwagen aus der benachbarten Schmiede mitgehen, auf dem sie das Diebesgut fortführten. Der Wagen ist auf dem Bahnhofe Landsberg aufgefunden worden. Angeblich ist man den Dieben auf der Spur. Man vermutet einen Racheakt.

Krosigk. Auf der Flucht tödlich getroffen. Am Sonnabend, abends gegen 10 Uhr, wurde ein auf dem Nagelschen Gute beschäftigter polnischer Arbeiter im Alter von 24 Jahren von dem neueingestellten Flurschützen erschossen. Bei einer Revision in den Stuben der dort beschäftigten polnischen Arbeiterinnen, bei denen sich der junge Mann aufhielt, ergriff er die Flucht durch das Fenster, um den Schlägen, die er in ähnlichen Fällen schon erhalten hatte, zu entgehen. Der Flurschütze gab zunächst einen Fehlschuß auf den Fliehenden ab und trotz der Warnrufe der Frauen einen weiteren Schuß, durch den der Arbeiter tödlich getroffen wurde.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 12. September: Heiter, trocken, tagsüber warm.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten Paul Hennig; Feuilleton, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilh. Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170911-11/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. Anfang 8 Uhr. 1895

Nur noch wenige Aufführungen! Der grosse Operetten-Schlager:

„Die geschiedene Frau“.

Operette in 3 Akten von Viktor Léon. Musik von Leo Fall.

Hauptgesänge:
1. Kind, du kannst tanzen wie meine Frau!
2. Gonda, liebe kleine Gonda, komm und heirat' mich ein bischen!
3. O Schlafkoupee, o Schlafkoupee, o wärst du heute mein!
4. Man steigt nach!

Kasse 10—1½ und 4—6 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, den 12. September, nachmittags:

Verwundeten-Frei-Konzert.

1831 Die Geschäftsleitung.

Konzerthaus „Oberpollinger“.

Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr. 1702

Täglich: **Künstler-Konzert.**

Ergebenst ladet ein Frau Elsa Both.

1824

Mittwoch. Freibank. Mittwoch.

7 Uhr: 7201–7300 9 Uhr: 7401–7500
8 „ 7301–7400 10 „ 7501–7600

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Verkauf des der Stadt überwiesenen **Obstes** wird am Mittwoch den 12. September 1917 fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 28001—36000 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 36001—42000 nachmittags von 2—6 Uhr. Abgegeben werden auf den Kopf eines Haushaltes 2 Pfund Aepfel zum Preise von 32 Pfennigen für das Pfund.

Halle, den 11. September 1917. **Der Magistrat.**

Vom Mittwoch, den 12. September, an gelangt in den drei hiesigen Geschäften der Firma Bernhard Moll (Gr. Steinstr. 76, Leipziger Straße 70/71, Gr. Ulrichstr. 8) **Schokolade** gegen die besondere **gelbe Warenbezugskarte für Jugendliche vom 12. bis 17. Lebensjahre** zum Verkauf. Auf den Abschnitt B dieser Karte wird eine Tafel Schokolade zum Preise von 1,10 Mk. abgegeben. Beim Kauf ist der Lebensmittelschein vorzuweisen.

Zur leichteren Durchführung des Kaufes werden die einzelnen Haushaltungen in folgender Ordnung zugelassen. Mittwoch, den 12. Sept., Lebensmittelschein Nr. 1 bis 10500; Donnerstag, den 13. Sept., Lebensmittelschein Nr. 10501 bis 21000; Freitag, den 14. Sept., Lebensmittelschein Nr. 21001 bis 31500; Sonnabend, den 15. September, Lebensmittelschein Nr. 31501 bis 42000; Montag, den 17. Sept., Lebensmittelschein Nr. 42001 bis 52500; Dienstag, den 18. Sept., Lebensmittelschein Nr. 52501 bis 63000; Mittwoch, den 19. Sept., Lebensmittelschein Nr. 63001 bis 70000.

Halle, am 11. September 1917. **Der Magistrat.**

Nachstehend aufgeführte Personen haben uns den Verlust ihrer Kohlenbezugsscheine angemeldet: Artur Holland, Torstraße 43, 60 Zentner Briketts; Emma Koch, Gr. Brunnenstr. 55, 50 Ztr. Briketts; Franz Schneider, Eichendorffstraße 29, 80 Ztr. Briketts; Karl Brathum, Godenstr. 9, 50 Ztr. Briketts; Marie Kriech, Richard-Wagner-Straße 59, 75 Ztr. Briketts; Klara Römer, Forsterstr. 11, 60 Ztr. Briketts; Marie Schilke, Wöllberger Weg 8, 90 Ztr. Briketts; Karl Schmidt, Huttenstraße 19, 45 Ztr. Briketts; Johannes Brandt, Gr. Wallstraße 8, 40 Ztr. Koks; Anna Kittler, Martinstr. 7, 2000 Stück Preßsteine. Sämtlichen Kohlenhändlern wird hiermit untersagt, auf die abhandengekommenen Bezugsscheine Kohlen zu liefern. Den Verlierern werden neue Scheine mit einem besonderen Vermerk von uns ausgestellt werden. Die Verlierer können die neuen Scheine gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheines bei uns abholen.

Halle, den 10. September 1917. **Die Ortskohlenstelle.**

Bekanntmachung.

Fahrplanänderungen infolge Einführung der Winterzeit.

Zur Ueberleitung in die Winterzeit treten **am 16. und 17. September d. J.** folgende Fahrplanänderungen ein:

a) In der Nacht vom 15. zum 16. September.

Es verkehren folgende Züge eine Stunde **später** als fahrplanmäßig:

D 208 Berlin—Halle (ab 11^{24}, anstatt 10^{24}) (—Bebra—Frankfurt (Main)),
D 204 Berlin—Halle (ab 11^{18}, anstatt 10^{18}) (—Bebra—Frankfurt (Main)),
D 38 Berlin—Halle (ab 11^{44}, anstatt 10^{44}) (—Erfurt—Stuttgart),
D 50 Berlin—Halle (ab 12^{03}, anstatt 11^{03}) (—Jena—München),
D 202 Berlin—Halle (ab 12^{17}, anstatt 11^{17}) (Bebra—Frankfurt (Main)),
D 212 Berlin—Halle (ab 12^{31}, anstatt 11^{31}) (—Bebra—Frankfurt (Main)),
Pers.-Zug 808 Berlin—Halle—Erfurt verkehrt zwischen Berlin und Weißenfels fahrplanmäßig, ab Halle jedoch eine Stunde **später**: Halle ab 12^{36}, anstatt 11^{36}.
Die Militärurlauber-Schnellzüge **U 28** Leipzig—Halle (—Halberstadt—Köln) und **U 18** Leipzig—Halle (—Halberstadt—Aachen—Cambrai) verkehren am **16. Septbr.** je eine Stunde **später**:
U 28 Leipzig (ab 10^{14}, anstatt 9^{14}) — Halle (an 10^{54}, anstatt 9^{54}, ab 10^{59}, anstatt 9^{59}),
U 18 Leipzig (ab 10^{05}, anstatt 9^{05}) — Halle (an 11^{15}, anstatt 10^{15}, ab 11^{20}, anstatt 10^{20}).

b) Am 17. September.

Der **Personenzug 803** verkehrt zwischen Halle und Brehna eine Stunde **später**:
Halle ab 2^{20} vorm., anstatt 1^{20} **vorm.**

Wegen der übrigen Maßnahmen, im besonderen wegen der Anschlußverhältnisse in Wittenberg und Halle (Saale) wird auf die auf den Stationen ausgehängte Bekanntmachung, betreffend Fahrplan für den Uebergang von der Sommer- in die Winterzeit verwiesen. *977

Halle (Saale), den 6. September 1917.

Königliche Eisenbahndirektion.

Nur bis Donnerstag!

Leipzigerstrasse 88 — U.T. — Alte Promenade 11a
Fernspr. 1224. Fernspr. 5738.

Waldemar Psilander in **„Panik“.**
Drama in 3 Akten.
Vorführung: 4.00, 5.50, 8.10 und 9.30 Uhr.

Die arme Törin.
Tragödie einer späten Liebe.
Vorführung: 4.00, 6.00 und 8.20 Uhr.

Arnold Rieck in dem erstklassigen Lustspiel **„Veilchen Nr. 4“.**
Vorführung: 5.00, 7.00 und 8.30 Uhr.

Störe nicht die Flitterwochen.
Lustspiel in einem Vorspiel und 3 Akten.
Vorführung: 5.00, 7.00 und 9.30 Uhr. 1888

Konsum-Verein Vorwärts f. Schkeuditz u. Umg.

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Montag, den 17. September 1917, abends 8½ Uhr im „Lindenhof“:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. Genehmigung der Bilanz, sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Ueberschusses. Entlastung des Vorstandes.
2. Bericht über die stattgefundene Revision.
3. Ersatzwahl für die ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsrats-Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. *976

J. V.: Karl Mittag. Anna Hübler. Adolf Kluge.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Arbeitsmarkt

Fabrikarbeiterinnen

werden dauernd in großer Zahl für Halle und auswärts gesucht.

Frauenarbeitsmeldestelle

Leipzigerstraße 16 I. *973a

Blechschlosser und Schweisser

stellt ein 1617

Maschinenfabrik Vondran,

Königstrasse 58.

Ein Kupferschmied und ein Sattler

werden sofort eingestellt *984

Gebr. Nagel, Halle-Trotha.

Arbeiterinnen

für die Rüstungsindustrie nach auswärts **gesucht.**

Aufwartungen und Dienstmädchen

sucht das **Städtische Arbeitsamt,**

weibl. Abteilung, **Leipzigerstr. 16 I.** *981

Arbeiter

zum bevorstehenden Zuckerfabrikbetriebs-Abschnitt, welcher am 9. Oktober d. J. beginnt, können sich schon jetzt melden. *983

Zuckerfabrik Halle-Trotha, Gebr. Nagel.

Bio 1888

Gr. Ulrichstraße 57.

Mittwoch — Freitag, ab 4 Uhr nachmittags:

Die Jagd nach der Hundertpfund-Note

oder:

Die Reise um die Welt.

Ein Riesenabenteuer-Filmwerk in 6 Akten voller Sensation und kolossaler Spannung.

Zur Ausführung dieses Abenteuers finden wir Mitwirkende aus aller Welt: Detektivs, Chinesen, Wilde, Cowboys u. Indianer.

Siegreich brennende **Kriegs-Zigarren** in **Feldpostbriefen** (fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei) empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler), **Geiststrasse 5.** †

Gesucht sofort

Mann, 1830

mit auf Reisen, der mit Pferden umzugehen weiß. Kriegsbeschädigte bevorzugt. Zu melden in der **Schaubude** bei den **15 kleinen Liliputpferdchen, Rossplatz, zum Jahrmarkt.**

Erfahrene

Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser

stellen ein 1825

Lange & Gellen,

Maschinenfabrik, Raffineriestraße 43.

Zwei mit Böttcherarbeiten

vertraute Persönlichkeiten finden dauernde Anstellung beim

Hallescher Speditionsverein,

Halle, Hafenstraße 20. 1751

Dienstmädchen

sofort gesucht.

Zu melden in **Bitterfeld,** Gasthof **„Deutscher Kaiser“,** *978 Innere Bismarckstr. 16.

Lernende gesucht. 1837

J. Kegel, Steinweg 53.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: **Einakter-Abend.**
In den Hauptrollen der Stücke: **Willy Schenk.**

„Kriegsglück“

Volkstück m. Gesang i. 1 Akt 1834 von O. Richter.

Hierauf: **D. Mädchen a. d. Fremde** Burl. m. Ges. i. 1 A. v. O. Richter.

Hierauf: **Ein sauberes Kleeblatt** Burleske in 1 Akt v. K. Seifert.

Vorverk. v. 9-1 u. 5-7.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**

Mittwoch, den 12. September 1917:

Gespenster.

Ein Familiendrama in 3 Aufzügen 1838 von Henrik Ibsen.

Donnerstag den 13. Septbr. 1917: **Zar und Zimmermann.**

1836

Bad Wittekind

Mittwoch, 12. Septbr. 1917, abends 7½ Uhr: *980

Militär-Konzert

von der

Kapelle d. 13. Landsturm-Inf.-Ers.-Bats. (IV/31).

Leitung: Kapellmeister Richard Hönig.

Eintrittspreis 35 Pf.

Dauerkarten haben Gültigkeit.

Bettfedern

jetzt noch billig 1648

Fr. Gronau,

Barfüßerstr. 16.

Mode-Zeitungen empfehlen die **Volksbuchhdlg.**

Zahme Dohle

entflogen. Geg. Belohnung abzugeben **Geiststr. 27.** 1830

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.

Freitag, d. 14. September, pünktlich abds. 9 Uhr, im Volkspark:

Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: **Singestunde.**

Turnverein „Fichte“

Turnstunden: **Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße.**
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Mandolinen-Abteilung: Jeden Donnerstag abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden.

Sonntag den 16. September, vormittags: **Wertungs-Turnen auf dem Sandanger.**

Touristen-Ver. „Naturfreunde.“

Donnerstag, 13. Sept.: Abendspaziergang nach dem Südviertel. Abmarsch: 8 Uhr vom Markt.

Sonntag, 16. Sept.: Feier des 1jähr. Bestehens unseres Landheims auf dem Spielberg.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und dem Gesetze betr Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

§ 1.

Sämtliche Fahrzeuge, die in Häfen der Elbe oder ihren Nebenflüssen einschl. des Elbe-Trave-Kanals mit Lübeck Ladung einnehmen, sind dem jeweiligen Wasserstand entsprechend zu beladen.

Schiffsführer, die während der Fahrt wegen zu tiefer Beladung ihres Kahnes anzuhalten gezwungen sind, haben unverzüglich durch Ableichtern die Tauchtiefe ihres Fahrzeuges so zu verringern, daß die Reise zum Bestimmungsorte beendet werden kann.

Sollten Kähne zum Ableichtern aus dem freien Markte nicht zu haben sein, haben sich Schiffseigner oder Führer unverzüglich, spätestens innerhalb 3 Tagen nach Ankunft an ihrem Liegeort an die Schiffahrtsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens, Beauftragten Magdeburg bezw. Altona zu wenden. Falls der Schiffer das Ableichtern seines Kahnes aus besonderen Gründen nicht für erforderlich erachtet, so hat er dies hierbei anzugeben.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.
Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 M. erkannt werden.

§ 3.

Diese Anordnung tritt am 12. September 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 5. September 1917. *975

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170911-11/fragment/page=0004

Das Programm der französischen Sozialisten zur Friedensfrage.

Von Ed. Bernstein.

Es mag dahingestellt bleiben, wie weit eine wiederholt beobachtete freiwillige Selbstbescheidung dafür verantwortlich zu machen ist, daß die Denkschrift der französischen Sozialisten an das holländisch-skandinavische Friedenskomiteee bisher in der Presse der Mehrheitsfraktion der deutschen Sozialdemokratie eine so überaus stiefmütterliche Behandlung erfahren hat. Was ich bisher in dieser von ihr zu sehen bekommen habe, sind Auszüge, die in bezug auf sachgemäße Wiedergabe des Gedankeninhalts sehr zu wünschen übrig lassen. Und doch ist es von Wichtigkeit, daß die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands den Inhalt gerade dieser Denkschrift genau kennen lernt. Denn soweit die Internationale der Sozialdemokratie in Betracht kommt, liegt noch immer eins der Hauptprobleme des Krieges im Gegensatz, den dieser zwischen deutscher und französischer Sozialdemokratie geschaffen hat. Hinter der Denkschrift aber stehen mit wenigen Ausnahmen beide Flügel des französischen Sozialismus, die sie gemeinsam ausgearbeitet, und wie Pressemane in der Sitzung der Kammer erklärt hat, jetzt geeint hinter ihr stehen.

Was besagt diese Denkschrift?

Sie zerfällt in drei Kapitel. Das erste behandelt die Frage der Verantwortungen, das zweite den Inhalt des zu erstrebenden Friedens und das dritte die Anwendung der im Vorhergehenden entwickelten Grundsätze auf die Politik der sozialistischen Partei.

Vorausgeschickt ist dem Ganzen ein Neuabdruck der Resolution, welche die Sozialisten der Länder der Entente auf einer im Februar 1915 in London abgehaltenen Konferenz beschlossen haben. Da diese Resolution die leitenden Gedanken zusammenfaßt, die der Denkschrift zugrunde liegen, scheint ihre Wiedergabe um so mehr am Platze, als es unmöglich ist, die umfangreiche Denkschrift selbst im Rahmen eines Zeitungsartikels in allen Einzelheiten zu besprechen. Wir können nur einige der besonders wichtigen Punkte herausheben.

Die Resolution von 1915 lautet:

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konfliktes zu verkennen, der das ungeheuerlichste Produkt ist der Gegensätze, welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißen, sowie einer Politik des Kolonialismus und Imperialismus, die zu bekämpfen der internationale Sozialismus nie aufgehört hat und an der alle Regierungen ihren Teil Verantwortung tragen.

Aber die Ueberziehung Belgiens und Frankreichs durch die deutschen Armeen bedroht die Existenz der Nationalitäten und untergräbt den Glauben an Verträge.

Unter diesen Bedingungen würde der Sieg des deutschen Imperialismus die Niederlage und die Zertrümmerung der Demokratie und der Freiheit in Europa sein.

Die Sozialisten Belgiens, Englands, Frankreichs, Rußlands erstreben nicht die politische und wirtschaftliche Erdrückung Deutschlands. Sie führen nicht Krieg gegen die Völker, sondern gegen die sie bedrückenden Regierungen. Sie wollen, daß Belgien wiederhergestellt und entschädigt werde. Sie wollen, daß die polnische Frage gemäß dem Willen des polnischen Volkes im Sinne der Autonomie im Schoße eines anderen Staates oder in voller Unabhängigkeit gelöst werde. Sie wollen, daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan, die durch Gewalt annektierten Bevölkerungen das Recht, über sich selbst zu bestimmen, zurückerhalten.

Unbeugsam entschlossen, behufs Durchführung dieses Befreiungswerkes bis zum Siege zu kämpfen, sind sie nicht minder entschlossen, jeden Versuch zu bekämpfen, diesen Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln, der neue Konflikte vorbereiten, neue Beschwerden schaffen, die Völker mehr als je der doppelten Geißel der Rüstungen und des Krieges ausliefern würde.

Ueberzeugt, daß sie den Grundsätzen der Internationale treu geblieben sind, drücken sie die Hoffnung aus, daß die Proletarier aller Länder bald die Gleichheit ihrer fundamentalen Interessen erkennen und sich gegen den Militarismus und den kapitalistischen Imperialismus geeint finden werden.

Der Sieg der Alliierten muß der Sieg der Freiheit der Völker, der Einheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der Nationen im friedlichen Bunde der Vereinigten Staaten Europas und der Welt sein."

Eine kritische Erörterung der Resolution gehört nicht zur Aufgabe dieses Artikels. Es handelt sich hier nur um Kennzeichnung des Standpunktes. Die Antwort auf die Frage, zu der sie herausfordert, nämlich, welche Bürgschaft den Verfassern dafür geboten war, daß der Sieg, für den sie ihre Kraft einzusetzen geloben, die von ihnen abgewiesene Umwandlung des Charakters dieses Krieges nicht zur Folge haben werde, werden wir im letzten Abschnitt der Denkschrift zu suchen haben. In der Denkschrift der deutschen Mehrheitsfraktion, die zur gleichen Frage herausfordert, wird die Antwort einfach umgangen.

Das die Frage der Verantwortungen behandelnde erste Kapitel der französischen Denkschrift zerfällt wiederum in zwei Abschnitte; der erste behandelt die allgemeinen, der zweite die unmittelbaren Verantwortungen für den Krieg. Wenn der Auszug, den die deutsche Presse aus diesem Kapitel bringt, den Gedankengang des außerordentlich unparteiisch gehaltenen ersten Abschnittes nur durch Ungenauigkeiten entstellt, so wird der zweite Abschnitt, der einen Anklageakt darstellt, durch die Auslassungen in jenem Auszug bis zur Kraftlosigkeit abgeschwächt.

Wohlgemerkt, es handelt sich hier nicht darum, ob dieser Anklogeakt sachlich im Recht ist. Das ist eine erst später zu beantwortende Frage. Zunächst muß er aber doch selbst zur Kenntnis derer kommen, die er in erster Reihe angeht, und das ist die deutsche Sozialdemokratie. Wie können sich die Demokratien verständigen, wenn die eine nur halb und ungenau erfährt, was die andere ihr zu sagen hat?

Der in der deutschen Presse veröffentlichte Auszug der französischen Denkschrift läßt diese sagen, aus der Tatsache, daß selbst die demokratischen Regierungen für den Gedanken des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens erst halb gewonnen waren, „erkläre sich auch das Versagen des Angebots des Zaren auf ein Schiedsverfahren". Was die Denkschrift wirklich sagt, ist aber ganz etwas anderes. Wie sie vorher betont hatte, daß die Sozialisten überall, die der demokratischen Länder eingeschlossen, den Diplomaten nicht genügend auf die Finger gesehen hätten, so betont sie nun allerdings, daß auch die Regierungen der demokratischen Staaten dem Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit noch nicht genügend gewonnen waren, noch zu sehr glaubten, als Großmächte in ihrer Macht das Mittel der Abwehr von Gefahren suchen zu müssen, um daran gedacht zu haben, an ein klares Schiedsverfahren zu appellieren, das sich in dem Augenblick in irgendeiner Weise aufgedrängt hätte, wo der Anruf an die Oeffentlichkeit gebracht worden wäre. Dann aber fährt sie fort:

„Erklärt nicht diese Zurückhaltung, warum wir erst mehrere Monate nach der Kriegserklärung vom direkten Anerbieten des Zaren an Wilhelm II. betreffs schiedlicher Erledigung erfahren haben, wo beide Regierungen in ihren diplomatischen Büchern die zwei wichtigen Tatsachen verschwiegen haben: Das Angebot auf Schiedsverfahren und das Unterbleiben einer Antwort?"

Der Unterschied zwischen dem, was dieser Satz sagt, und dem, was die deutsche Veröffentlichung ihn sagen läßt, springt in die Augen. Er entschuldigt das Unterbleiben der Antwort nicht, sondern erklärt nur, warum es nicht früher festgestellt wurde. Unmittelbar an ihn schließt sich ein Unterabschnitt an: „Wer die Vermittlung nicht wollte", der zusammen mit dem folgenden Unterabschnitt „Die Kriegserklärung" die eigentliche Anklage bildet. Vom ersten gibt der deutsche Auszug nur die Schlußbetrachtung, der letztere wird in ihm nicht einmal erwähnt.

Es wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß das, was die französischen Sozialisten sagen, zur vollen Kenntnis der deutschen Sozialdemokratie gebracht wird. Ein Satz aus diesen Unterabschnitten wird ihre Gedankenreihe klarer veranschaulichen, als die Behauptung, welche der deutsche Auszug ihnen in den Mund legt. Er lautet:

„Die Ereignisse sind nicht ohne Willensakte der Menschen verlaufen. Diese Menschen, verantwortliche Regierende, haben ihre Entscheidungen nicht erst im Augenblick getroffen, wo sie sie bekanntgaben. Diese öffentlichen Entscheidungen sind das Ergebnis ihrer vorhergegangenen Erwägungen, ihrer geheimen Entscheidungen, ihres in Verschwiegenheit festgelegten Willens. Wohlan, wenn die Zentralmächte öffentlich alle Vermittlungs- und Schiedsverfahren abgelehnt haben, was hatten sie dann in der Verschwiegenheit gewollt und beschlossen?"

Hier wie an anderen Stellen beschränkt sich die Denkschrift auf Suggestivfragen. Stärker dagegen drückt sie sich über die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich aus. Die Denkschrift fragt, ob man kläglichere Gründe für eine Kriegserklärung finden könne, und setzt hinzu: „Wenn Deutschland wahre, ernsthafte, gebieterische Gründe hatte, warum deutet sie es in keiner Weise an?" Dann heißt es weiter:

„Warum ist es in unseren Augen notwendig, diese Tatsachen festzustellen? Weil es uns für die Internationale ebenso unerläßlich erscheint, sie abzuschwächen, um den Sinn und die Kraft ihrer Aktion für einen dauernden Frieden zu ermessen und zu wissen, was sie von der Aktion der sie bildenden verschiedenen sozialistischen Sektionen erwarten kann, wie es unerläßlich ist, die allgemeinen oder unmittelbaren Verantwortlichkeiten zu kennen und festzustellen, um zu wissen, welches die Friedensbedingungen sind, die die Internationale fordern muß."

Hieran schließt sich die Erklärung, die französischen Sozialisten könnten die Theorie, daß es der Mühe nicht lohne, die Verantwortlichkeiten zu erforschen und festzustellen, nicht akzeptieren. Auch die Deutschen und Oesterreicher seien nicht immer dieser Meinung gewesen, woran das Manifest der Franzosen vom 15. Juli 1915 erinnert habe. Die Denkschrift beruft sich darauf, daß in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 29. Juli 1914 Jaurès und Haase die österreichischen Sozialisten eindringlich zur Aktion gegen ihre Regierung aufgefordert und den ganzen Ernst der Verantwortlichkeiten Oesterreichs nachgewiesen hätten. Als am 1. August 1914 Müller von deutschen Parteivorstand, begleitet von Camille Huysmans und de Man, in Paris war, hatten die Franzosen ihnen erklärt, daß sie, wenn Frankreich angegriffen und mit Krieg überzogen werden würde, der nationalen Verteidigung weder die Mittel noch die Mitwirkung würden verweigern können. Aber sie seien entschlossen gewesen, beides nur zu geben, „wenn die französische Regierung Beweise erbracht habe ihrer Aufrichtigkeit für die Erhaltung des Friedens, des Willens, den Krieg zu vermeiden". Daraus habe sich für sie die Frage erhoben: „Wer ist der Angreifer?" Sie haben sich nicht hinter die Formel flüchten können, daß „alle Regierungen gleich schuldig sind", und es unnötig sei, zwischen ihnen zu unterscheiden

„Weil wir glauben, daß diese Auffassung allein würdig ist des internationalen Sozialismus und der Gerechtigkeit, die er vertreten muß, hat es uns nicht überrascht, zu sehen, daß auch die Internationale sich mit der Frage der Verantwortungen befaßt."

Hier wirft die Denkschrift von neuem Fragen auf, die sich auf die Verantwortung der Regierungen und Parteien beziehen, und schließt das Satzstück mit den Worten: „Die französische sozialistische Partei sieht dem Urteil der Internationale mit Vertrauen entgegen."

Für die Friedensfrage selbst zieht die Denkschrift aus den in diesem Abschnitt entwickelten Feststellungen die Folgerung, daß bloße Verträge nicht genügen, „der Welt den Frieden zu bringen, der den Völkern die Sicherheit freier Entwicklung verbürgt, sondern daß nur ein fest organisierter Bund der Nationen mit einem Gerichtshof der Nationen an der Spitze, dem starke Vollmachten zuzuerteilen seien, dies Ergebnis haben und alle die Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat, zu befriedigender Lösung führen kann. Zu zeigen, wie dies gemeint ist und wie sich die Franzosen die Lösung solcher Fragen, wie die Freiheit der Meere, die Unterdrückung der Geheimverträge, die Abrüstung, die Sicherstellung internationaler Abmachungen usw., vorstellen, bedarf eines besonderen Artikels. Auch diese Vorschläge werden Einwänden begegnen. Aber die Diskussionen über sie werden um so ruhiger verlaufen, je ernsthafter die Vorfragen, die der erste Abschnitt aufwirft, von der Konferenz aufgenommen und geprüft sein werden. Es handelt sich da nicht um die Aburteilung von Personen, wohl aber um Beurteilung politischer Handlungen und Unterlassungen. Wenn die Internationale der Arbeiter sich außerstande oder nicht willens erklärte, hierüber Direktiven zu geben, würde sie ihre eigene Impotenz besiegeln und sich selbst zu einem akademischen Diskutierklub herabsetzen.

Ums tägliche Brot.

„Traurig!"

Im Türmer berichtet ein alldeutscher Parteigänger von „bezeichnenden Erfahrungen", die er mit einer „Scherzfrage" machte:

„Ich sagte zu jedem Bekannten, den ich traf: Ich habe drei schöne Sachen: einen Schinken, einen Sack Kartoffeln und das allgemeine und gleiche Wahlrecht, was wählen Sie? — Durchweg wurde der Sack Kartoffeln vorgezogen, mit einer Regelmäßigkeit, daß es bei mir große Heiterkeit auslöste, immer denselben Wunsch zu hören. Nur eine Ausnahme fand statt. Ein Herr wünschte den Schinken — weil er zufällig genügend Kartoffeln hatte. Unter den Gefragten befanden sich auch Sozialdemokraten und dabei ein in der Partei bisher sehr tätiger Wirt (ich wohne im Wahlkreis Scheidemanns), aber auch diese machten mit ihren Wünschen keine Ausnahme. Die Sache sollte ein Scherz sein, ist aber sehr traurig. Sie beweist, daß weder Kanzler noch Abgeordnete eine Ahnung von der Volksstimmung hatten."

Sehr traurig ist an der Sache wirklich etwas, nämlich die „bezeichnende Erfahrung": auf welchem Tiefstande bereits gewisse kriegsversessene Organe angelangt sind, die einst literarisch ernst genommen zu werden trachteten!

Die Fleischzuteilung in Sachsen. Die sächsische Regierung hat laut Voss. Ztg. beschlossen, um eine weitere Schwächung des Viehbestandes zu vermeiden, der sächsischen Landbevölkerung die Fleischration von 250 auf 150 Gramm wöchentlich zu kürzen. Die Stadtbevölkerung soll die 250 Gramm Fleisch unverkürzt weitererhalten.

71]

Ekkehard.

Historischer Roman von Joseph Viktor v. Scheffel.

Und er las, wie Anna der Schwester zusprach, nicht vergeblich wieder gefällige Liebe zu streiten, wie an der Götter Altären Friede und Heil durch Opfer erfleht wird, dieweil die geschmeidige Flamme fortzehrt im Mark und die alte Wunde nicht vernarbt. Und wieder will die Betörte von den Kämpfen um Ilium vernehmen und hängt am Mund des Erzählers —
Wenn sie darauf sich getrennt und ihr Licht die erdunkelnde Luna
Jetzo gesenkt und zum Schlaf die sinkenden Sterne ermahnen,
Trauert sie einsam im leeren Gemach — aufs verlassene Lager
Wirft sie sich, jenen entfernt den Entfernten hört sie und schaut sie
Oft den Ascanius auch, von des Vaters Bilde bezaubert,
Hält sie im Schoß, um zu täuschen die unaussprechliche Liebe.

Ein leises Kichern unterbrach die Vorlesung. Der Klosterschüler war aufmerksam zu der Herzogin Füßen gesessen, schier angeschmiegt an ihr wallend Gewand; jetzt hatte er gekämpft, ein aufsteigend Lachen zu unterdrücken, es mißlang, er platzte heraus und hielt die Hände vergeblich vors Antlitz, sich zu decken.

„Was gibt's, junger Versemacher?" sprach Frau Hadwig.

„Ich habe denken müssen," sprach der Junge verlegen, „wenn meine hohe Herrin die Königin Dido wäre, so wär' ich vorhin der Ascanius gewesen, da Ihr mich zu herzen und küssen geruhtet."

Die Herzogin schaute scharf auf den Knaben herab. „Will man ungezogen werden? Kein Wunder —" schalt sie mit einem Fingerzeig auf seine Locken, „die junge Altklugheit trägt ja schon graue Haare auf dem Scheitel."

„. . . Das ist von der Nacht, da sie den Romeias erschlugen," wollte der Klosterschüler sagen.

„Das ist vom Fürwitz, der törichte Dinge redet, wo er schweigen sollte," fuhr die Herzogin drein. „Steh auf, Schülerlein!"

Burkhard erhob sich vom Schemel und stand errötend vor ihr.

„So," sprach sie, „jetzt geh zu der Jungfrau Praxedis und melde ihr, es müßten dir zur Strafe alle grauen Haare abgeschnitten werden, und bitte schön, daß sie dir's tue. Das wird gut sein für unzeitig Lachen."

Dem Knaben standen die hellen Tränen in den Augen. Er wagte keine Widerrede. Er ging zu Praxedis hin, die hegte Teilnahme für ihn, seit sie gehört, daß er des Romeias Gefährte bei seinem letzten Gang gewesen: „Ich tu' dir nicht weh, kleiner Heiliger," flüsterte sie ihm zu und zog ihn zu sich. Das junge Haupt in ihren Schoß gebeugt, mußte er vor ihr knien, da griff sie eine mächtige Schere aus ihrem strohgeflochtenen Nähkorb und vollzog die Strafe.

Betrüblich klang erst des Klosterschülers Schluchzen, — wer sein Hauptthaar von fremder Hand berühren ließ, galt eigentlich für schwer beschimpft — aber Praxedis' weiche Hand fuhr ihm streichelnd über die Wangen, nachdem sie das Gelock zerzaust hatte, da ward ihm bei aller Strafe so seltsam zu Mut, daß sein Mund lächelnd die letzte niederrollende Träne auffing.

Ekkehard sah eine Weile stumm vor sich hin. Das Spiel leichtfertiger Anmut machte den Traurigen trauriger. Er war verletzt, daß die Herzogin so sein Lesen unterbrochen. Aus ihren Augen las er keinen Trost: sie spielt mit dir, wie sie mit dem Knaben spielt, dachte er und schlug seinen Virgilius zu und erhob sich.

„Ihr habt recht," sprach er zu Frau Hadwig, „es ist alles falsch. Dido sollte lachen und Aeneas sollte hingehen und sich ins Schwert stürzen, dann wäre es richtig."

Sie blickte unstet auf. „Was habt Ihr?" fragte sie.

„Ich kann nicht weiterlesen," erwiderte er.

Die Herzogin war aufgestanden.

„Wenn Ihr nicht mehr lesen möget," sprach sie mit scheinbar gelangweiltem Ausdruck, „es gibt noch mannigfache Mittel und Wege, uns Kurzweil zu schaffen. Wie wär' es, wenn ich Euch aufgäbe, uns etwas Anmutiges zu erzählen, — Ihr möget dabei auslesen, was Euch gefällt, es gibt so viel Liebreizendes und Gewaltiges noch außer Euerem Virgil. Oder geht hin und dichtet selber etwas. Euch drückt irgendeine Last, Ihr mögt nicht erklären. Ihr mögt nicht aufs Land gehen, alles tut Euern Augen weh, Eurem Geist fehlt eine große Aufgabe, wir wollen sie Euch setzen."

„Was sollt' ich dichten?" erwiderte Ekkehard. „Ist's nicht schon Glück genug, das Echo eines Meisters wie Virgilius zu sein?" Er sah mit umflortem Auge auf die Herzogin. „Ich wüßte nur Elegien zu singen, sehr traurige."

„Sonst nichts?" fragte Frau Hadwig vorwurfsvoll. „Haben unsere Vorfahren keine Kriegszüge getan und ihr Heerhorn mit Sturmschall durch die Welt erklingen lassen und Schlachten geschlagen, so viel wert wie die des Landfahrers Aeneas? Glaubt Ihr, der große Kaiser Karl hätte die uralten Lieder der Völker sammeln und singen lassen, wenn nur leeres Stroh darin steckte? Müßt Ihr zu allem Eure lateinischen Bücher haben?"

„Ich weiß nichts," wiederholte Ekkehard.

„Ihr sollt aber etwas wissen," sagte die Herzogin. „Es stünde doch zu verwundern, wenn nur wir Hausgenossen der Burg einen Abend zusammensäßen und von den alten Geschichten und Sagen plauderten, ob da nicht mehr zusammenkäme, als in der ganzen Aeneïde steht? Des Kaiser Karl frommer Sohn hat freilich vom alten Heldensang nichts mehr wissen wollen und lieber schnarrendem Psalmodieren sein Ohr geliehen und ist an Leib und Seele verkümmert gestorben, aber uns allen haften von Kindesbeinen noch jene Geschichten an. Erzählet uns eine solche, Meister Ekkehard, dann erlassen wir Euch den Virgil samt der liebesiechen Königin Dido."

Aber Ekkehards Gedanken flogen weit anderwärts. Er schüttelte sein Haupt wie ein Träumender.

„Ich sehe, Ihr brauchet Anstoß," sprach die Herzogin. „Es soll Euch von allen ein gut Beispiel gegeben werden. Praxedis, halt, dich bereit und künde es dem Kämmerer Spazzo an, wir wollen uns morgen an Erzählung alter Sagen erfreuen. Ein jedes sei gerüstet."

Sie griff den Virgilius und warf ihn feierlich unter den Tisch als Zeichen, daß eine neue Aera beginne. Ihr Gedanke war gut und anregend. Nur dem Klosterschüler, der während der Herzogin Rede sein Haupt in Praxedis' Schoß hatte ruhen lassen, war es nicht ganz deutlich. „Wann darf ich weiter griechisch lernen, gnädige Herrin?" sagte er. „Thalassi ke potami . . ."

„Wenn die grauen Haare wieder gewachsen sind," sprach sie heiter und küßte ihn wiederum.

Ekkehard ging mit großen Schritten aus dem Saal.

Zwanzigstes Kapitel.

Von deutscher Heldensage.

Auf dem Gipfel des hohen Twiel innerhalb der Burgmauern war ein zierlich Gärtlein angelegt; ein steiler Felsvorsprung, von Mauerwerk eingefaßt, umschloß den mäßigen Raum. Es war ein feiner Platz als wie eine Hochwacht, denn steil abwärts sprang der Fels, also, daß man, über die Brüstung gelehnt, einen Stein mochte hinabschleudern ins tiefe Tal, und wer sich am Ausspähen erfreute, der mochte Umschau halten über Berg und Fläche und See und Alpengipfel, keine Schranke hemmte den Blick.

Im Eckwinkel des Gärtleins ließ ein alter Ahorn vergnüglich seine Wipfel im Wande rauschen, schon war das beflügelte Samenkorn reif und gebräunt und wirbelte auf die schwarze Blumenerde hernieder; — eine Leiter war an den grüngrauen Stamm gelehnt, zu Füßen stand Praxedis und hielt die Enden eines schweren langen Zeltgetüchs, in den Aesten aber saß Burkhard, der Klosterschüler, mit Nagel und Hammer und suchte das Tuch festzunageln.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170911-11/fragment/page=0005
DFG

Zuckermangel in Frankreich. Wie Journal mitteilt, wird Frankreich von einer Zuckernot bedroht. Violette habe der Presse bekanntgegeben, daß infolge mehrerer Unfälle auf See so große Zuckermengen ausgeblieben seien, daß der ganze Verteilungsplan der Regierung über den Haufen geworfen wurde.

Aus der Provinz.

Das Baugewerbe in der Provinz Sachsen.

Die Baugewerks-Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen hat soeben ihren Bericht für das Jahr 1916 herausgegeben. Er gibt kein günstiges Bild vom Stande des Baugewerbes. In dem Bericht wird gesagt, daß die private Bautätigkeit fast vollständig ruhe, da nur für Bauten im Interesse der Kriegsindustrie Material und Arbeitskräfte verwendet werden durften. Die Summe der von allen Unternehmern ausgezahlten Arbeiterlöhne, die von 56 Millionen Mark im Jahre 1912 auf 26 Millionen im Jahre 1915 gesunken war, hat sich wieder auf 28 Millionen Mark im Jahre 1916 erhöht. Dieses Mehr von 2 Millionen Mark ist ausschließlich von Großunternehmern gezahlt worden, die außerordentlich umfangreiche Bauten für die Kriegsindustrie ausgeführt haben. Für diese Großunternehmer habe sich eine Monopolstellung herausgebildet. Sie haben „zweifellos erhebliche Kriegsgewinne buchen können“, im Gegensatz zu den jetzt ruhenden mittleren und kleinen Betrieben. Die Zahl der versicherten Betriebe betrug im Berichtsjahr 6313; die Zahl der selbstversicherten (kleine Unternehmer usw.) war 3401. Im Jahre 1916 wurden 1221 Unfälle gemeldet. Davon [illegible] 196 entschädigungsberechtigt, da sie eine Erwerbsunfähigkeit von länger als 13 Wochen zur Folge hatten. Durch Unfall getötet wurden [illegible] Personen. Im Jahre 1916 wurden 654 179 Mark an [illegible]entschädigungen ausgezahlt.

Die Ueberwachung der Betriebe wurde durch vier technische Aufsichtsbeamte durchgeführt. Sie nahmen im Berichtsjahr 7728 einzelne Revisionen vor. Auf den Revisionsstellen waren 163 020 Arbeiter beschäftigt. Es wurden viele Mängel festgestellt: ungenügender Gerüstbau, mangelhafte oder fehlende Absteifung von Baugruben, Fehlen von Schutzvorrichtungen an Maschinen und Winden. Jugendliche Arbeiter wurden trotz des Verbots wiederum hier und da an Maschinen beschäftigt. Da diese Uebertretungen durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufen worden seien, haben sie vom Vorstand der Genossenschaft „milde Beurteilung gefunden“. Zu den Revisionen wurde, „wenn möglich, der Betriebsinhaber, sonst dessen Vertreter hinzugezogen“. Neue Schutzvorrichtungen sind nicht eingeführt worden. Es wurden 16 Bestrafungen von Unternehmern vorgenommen.

Für die von nicht gewerbsmäßigen Unternehmern ausgeführten Regiebauten wird die Unfallversicherung in einer „Zweiganstalt“ durchgeführt. Diese Nebenversicherung ist natürlich während des Krieges erst recht zurückgegangen. Im Jahre 1916 wurden 320 736 Mark von solchen Unternehmern gezahlte Löhne registriert. Unfälle ereigneten sich fünf.

Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß das Baugewerbe unter dem Kriege ganz besonders leidet, daß aber auch den Großunternehmern ganz beträchtliche Kriegsgewinne zufließen.

Merseburg. Gegen die Schwindsucht. Wie mitgeteilt wird, hat ein hiesiger Einwohner der Stadt 3000 Mk. zur Lungenheilfürsorge zukommen lassen. Derselbe schenkte nunmehr auch dem Frauenverein 3000 Mk., mit der Bestimmung, das Kapital oder die Zinsen dazu zu benutzen, die Tuberkulose in unserer Stadt energisch zu bekämpfen. Der Vorstand des Frauenvereins hat beschlossen, das Kapital vorläufig zinstragend anzulegen und aus ihm den Grundstock zu einem Sonderfonds für die Erbauung einer Liegehalle in einer nach dem Kriege einzurichtenden Walderholungsstätte für Lungenkranke zu bilden. Der Frauenverein Merseburg-Stadt wird nunmehr auch bei der Stadt die Möglichkeit finden, mit dieser gemeinsam der Volksseuche entgegenzutreten.

— Ein Diebeslager ist am Sonntag hier von der Polizei ausgehoben worden. In der vorhergehenden Nacht hatten Diebe aus Hausgrundstücken der Teichstraße Wäsche und an zwei verschiedenen Orten der Teichstraße 12 Kaninchen und 6 Enten gestohlen. Die Kaninchen und Enten hatten die Diebe an Ort und Stelle abgeschlachtet; die Wäsche war mit der Leine gestohlen worden. Die sofort angestellten Ermittlungen der Polizei waren diesmal erfolgreich. Das gestohlene Gut wurde in einer Behausung in der Klobikauer Straße gefunden und als Täter ein Arbeiter sowie ein früherer Schriftsetzer ermittelt. Beide wurden in Haft genommen. In der Wohnung fand die Polizei ein großes Warenlager. U. a. wurden vorgefunden zirka fünf Zentner Frühkartoffeln, drei Zentner Obst, große Mengen Bohnen, Zwiebeln und anderer Feldfrüchte, eine Anzahl Kürbisse sowie Bekleidungsstücke, Wäsche, Gartenstühle, Planen, Ofenrohre, ein Fahrrad, unausgedroschenes Getreide usw. In einer ganzen Anzahl von Fällen konnten die Sachen den Eigentümern zurückgegeben werden. Die Diebe hatten besonders das Stadtviertel westlich der Bahn heimgesucht und hier Höfe, Gärten und Felder bestohlen.

Bitterfeld. Lebensmittelzuteilung. In den Geschäften von Kellner, Pötzsch, Ulrich, Schieferdecker, Schumacher, Kerrn, Neumann, Wetzig, Ude, Röbel, Sonnenberger und Alex sind noch größere Posten Suppenmehl und Haferfabrikate auf Nr. 50 des Lebensmittelscheines erhältlich, die erst restlos ausverkauft sein müssen, bevor mit der weiteren Ausgabe von Haferpräparaten begonnen wird. — Der Kartoffelverkauf im Reichardtschen Grundstücke wird auf Nr. 8 der Kartoffelkarte fortgesetzt.

— Geschäfte wegen Unzuverlässigkeit geschlossen. Der Witwe Anna Arnold von hier, Markt 8 wohnhaft, ist der Handel mit Manufakturwaren jeder Art, Betten usw., auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. 9. 1915, betr. Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, untersagt worden. — Ebenso ist dem Schuhwarenhändler Hirsch Moscisk und dessen Ehefrau Berta Moscisk von hier, Burgstraße 47 wohnhaft, der Handel mit Schuhwaren jeder Art sowie mit Ersatzteilen untersagt worden.

Bischofrode. Ein schweres Unglück hat sich an der Oebsterhütte der Plantage Sittichenbach ereignet. Dorthin hatte die zu Besuch weilende Nichte des Oebsters Hammer, ein 13jähriges Mädchen namens Alice Sommer aus Leipzig, den Kaffee gebracht und saß dann vor der Hütte, um Stiefel zu putzen. Währenddessen machte sich der 14 Jahre alte Kurt Klobigk in der Hütte zu schaffen, wo auch die für die Nachtbewachung nötige Flinte des Oebsters — leider geladen — stand. Der Junge hantierte nun mit der gefährlichen Waffe, die sich plötzlich entlud und das Mädchen so unglücklich traf, daß diesem das rechte Auge und die rechte Seite der Hirnschale völlig weggerissen und das Gehirn bloßgelegt wurde.

Hettstedt. Beschlagnahmte Gerste. Nicht weniger als 18 Zetner Gerste wurden gestern durch den hiesigen Wachtmeister beschlagnahmt. Die Besitzerin der Mühle hatte diesen Posten durch Vermittlung eines Handelsmannes aus Freckleben vor einigen Tagen zum Preise von 25 Mk. für den Zentner aus dem benachbarten Anhalt erworben. Die Gerste ist vorläufig zugunsten des Kommunalverbandes beschlagnahmt.

Jena. Massen und Führer. Die in der letzten Mitgliederversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes beschlossene außerordentliche Mitgliederversammlung fand am Sonntag statt. Als einziger Punkt stand die Beitragssperre gegen den Hauptvorstand auf der Tagesordnung. Der Geschäftsführer, Koll. Matthes, gab den Anwesenden zunächst noch einmal einen Ueberblick über die Entwicklung der Dinge. Die von der letzten Versammlung vom Hauptvorstand erbetene Aufklärung ist wiederum versagt worden. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag auf Beitragssperre zugunsten eines anderen Beschlußantrages zurückgezogen. Die mit 177 gegen 23 Stimmen angenommene Entschließung lautet: Die am 9. September im Gewerkschaftshaus zu Jena tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Jena hält die Kriegspolitik des Hauptvorstandes und der Generalkommission für die Arbeiterschaft schwer schädigend. Sie fordert die schleunige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, da wichtige Verhandlungsgegenstände von grundsätzlicher Bedeutung der Tagung in Köln, den Mitgliedern vor den Wahlen zur Generalversammlung nicht bekannt waren. Im Interesse der Einheit der Bewegung lehnt die Versammlung eine Beitragsverweigerung — die nach Lage der Sache zur Spaltung führen müsse — ab. Sie ersucht die Kollegen im Reiche, sich der Forderung nach Abhalten einer außerordentlichen Generalversammlung anzuschließen und die Delegiertenwahlen im Sinne der Opposition zu beeinflussen. Sollte der Hauptvorstand — wie man es in den letzten Jahren gewöhnt war — seine im Widerspruch zum Willen der Mehrheit der Mitglieder stehende Tätigkeit weiter fortsetzen, so trägt er die Verantwortung für die sich aus solcher Haltung ergebenden Konsequenzen. — Bekanntlich bedarf es für die Durchsetzung des außerordentlichen Verbandstages der Forderung von ein Fünftel der Mitglieder, was nach dem gegenwärtigen Stande der Organisation etwa 55 000 bis 60 000 Mitglieder bedeuten dürfte. Es dürfte nicht schwer sein, diese Anzahl zu gewinnen, wenn man bedenkt, das die Industriestädte den Rückhalt der Opposition bilden, darunter Großstädte wie Berlin und Leipzig.

Aus der Jugendbewegung.

Maul halten!

Der L. V. wird aus Charlottenburg geschrieben: Die Charlottenburger Regierungssozialisten haben entschieden Pech. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat ihr Urteil über sie schon deutlich gesprochen. Daß aber auch die Arbeiterjugend sie richtig einzuschätzen weiß, das mußten sie jetzt erfahren. Die Wiedereröffnung des Jugendheims sollte ihnen dazu dienen, wenigstens die Jugend für sich einzufangen. 500 Mk., die ihnen aus dem Jugendfonds der Regierung gespendet waren, sollten diesem Zwecke dienen, und die Herren schienen Glück zu haben, das Jugendheim war voller Jugendlicher, die lauter lustige Gesichter zeigten. Ein Herr Dr. Siegfried Rosenfeld stammelte eine Eröffnungsrede herunter, worin er offenbarte, daß man sich habe der Behörde gegenüber verpflichten müssen, daß im Heim die Erwachsenen bestimmen würden, daß die Arbeiterjugend gelesen werde usw. Das war zu viel für die Jugend, von allen Seiten wurde das Wort verlangt zum Protest. Das sollte nicht zugelassen werden, aber die Jugend verschaffte sich Gehör. Der zum Jugendheimleiter bestellte Gewerkschaftsangestellte Schneider, der zu Anfang der Veranstaltung über das ganze Gesicht gestrahlt hatte ob des guten Besuchs, herrschte nun in großer Not die Jugendlichen an: Maul halten! Das war für die Jugend das Signal zum Abzug. Mit einem Hoch auf die freie Jugendbewegung zog sie geschlossen hinaus. Im Jugendheim blieben nur die alten Herren Regierungssozialisten. Die Charlottenburger Arbeiterjugend wird dieses Jugendheim seiner Verödung überlassen und sich im Jugendbildungsverein Charlottenburg die Stätte schaffen, wo sie sich frei von solcher Bevormundung bilden kann.

Gewerkschaftliches.

Gefängnis- und Zuchthausstrafen wegen Arbeitsverweigerung.

In der Allensteiner Zeitung vom 30. August wird berichtet: Gefängnisstrafen wegen Arbeitsverweigerung erhielten die Arbeiter Bronislaw F., Wladislaus H., Franz F. und Stanislaus K. aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, vom Kriegszustandsgericht zudiktiert. Die Genannten waren auf dem Sägewerk der Firma Ritter längere Zeit beschäftigt. In der letzten Zeit „merkte“ der Verwalter, daß unter den Arbeitern, weil ihnen nicht die verlangte volle Lohnzulage bewilligt wurde, große Arbeitsunlust herrschte. Besonders waren es die vier Angeklagten, die anscheinend sich verabredet haben, die Arbeit zu verweigern, wenigstens ließ ihr Verhalten dem Werksverwalter Meier gegenüber darauf schließen. Das Kriegszustandsgericht erkannte gegen H. und F., als die älteren, auf je drei Monate, gegen F. und K. auf zwei Monate Gefängnis."

In einer „Warnung an die Bevölkerung“, die der stellvertretende kommandierende General des 11. Armeekorps, von Kehler, kürzlich erlassen hat, heißt es:

„Jede, auch nur vorübergehende Arbeitseinstellung bedeutet eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft, und damit fällt der Streik in dieser Zeit unter § 89 des Strafgesetzbuches. Landesverrat begeht, wer die Arbeit in der Rüstungsindustrie einstellt, weil er dadurch der feindlichen Macht Vorschub leistet. Er wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft."

Ein Unternehmerverband verbietet die Zahlung höherer Löhne.

Vor dem Schlichtungsausschuß in Luckenwalde wurde einstimmig festgestellt, daß Wochenlöhne von 30 Mk., wie sie von dortigen Fabrikanten noch gezahlt werden, den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Würde einwandfreies Material verarbeitet, so müßten die Arbeiter mit den gezahlten Löhnen das Doppelte und mehr verdienen können.

Trotzdem könnten die Fabrikanten auch gegenwärtig noch höhere Löhne zahlen, wie die Verhandlung ergab, aber ihre Organisation, der Verband der Tuchfabrikanten der Niederlausitz, duldet das nicht. Es ist doch wirklich beschämend für diesen Unternehmerverband, daß seine Mitglieder vor Gericht erklären müssen: „Wir dürfen auf Anweisung unseres Verbandes keine höheren Löhne zahlen.“ Einer andern Luckenwalder Firma wurde erst kürzlich von demselben Verband die Stillegung des Betriebes angedroht, weil sie mit ihren Löhnen über die Höchstgrenze des Verbandes hinausgegangen war.

Allerlei.

Verhältnismäßiges Glück.

Wir sind, schreibt die Wiener Arbeiterzeitung, bescheiden geworden, gar sehr bescheiden. Wenn man uns nach dem Ergehen fragt — eine Frage, auf die ja mitunter sogar die Antwort abgewartet wird —, so kann man zumeist nichts anderes erwidern als: „Verhältnismäßig gut.“ Wieviele blasse, vergrämte Frauen sagen es nicht! Der Mann ist seit drei Jahren „draußen“, aber gerade jetzt ist er an einem Punkte, wo nicht die ärgsten Kämpfe sind. Oder: er ist ja weit, weit fort in einer schrecklichen Fiebergegend, aber schließlich tötet die Kugel noch viel schneller als die Tropenmalaria — also geht es ihm gut, verhältnismäßig gut. Manchmal heißt es auch: „Ja, meinem Buben hat man den Fuß abnehmen müssen; aber der Sohn von der Nachbarin, der ist gar blind geworden. Da muß man noch alle Tage dem lieben Herrgott danken.“ Und andere sagen: „Wir sind wohl durch den Krieg um unseren Erwerb gekommen und das ist freilich hart. Doch gibt es so viele, die von der Heimat fort sind und alt und krank von neuem anfangen müssen. Da haben wir es doch noch gut.“ So klammert man sich an jeden kleinen und kleinsten Vorteil, sucht sich in der großen und grenzenlosen Verzweiflung und Angst den armseligen Trost des Vergleiches. Das ist eine Art der Anpassung an den Krieg. Bequemt man sich nicht von selbst dazu, so finden sich stets freundliche Ratgeber, die einen ermahnten, dankbar zu sein, daß es einem nicht noch viel schlimmer ergeht. Schopenhauer hat bekanntlich der Behauptung, wir lebten in der „besten aller Welten“, die weniger fröhliche entgegengesetzt, wir lebten in der „schlechtesten aller Welten“, denn wenn sie noch um eine Linie schlechter wäre, könnte sie einfach keinen Bestand haben. Man muß nun durchaus mit dem Leben und unserer schönen Erde nicht so hoffnungslos unzufrieden sein, um augenblicklich dem großen Pessimisten beizustimmen. Freilich, da Klagen nichts nützt, so richtet man sich auch in dieser Schreckenszeit am Ende häuslich ein, erfreut sich an den kleinen Pausen, die für den einzelnen immer kommen, an Urlaubstagen, Kampfpausen, zeitweiser Sicherheit und an dem blassen Glück des „Einstweilen“ und „Verhältnismäßig“. Aber nicht nur beim kleinen Einzelschicksal, auch bei der Beurteilung der großen Weltereignisse haben wir gelernt, den Maßstab der Lauheit anzulegen. Daß ein Unterseebootkrieg geführt werden muß, ist ein furchtbares Unglück für die Kulturwelt, und man glaubte sich für keinen Augenblick darüber beruhigen zu können. Daß dieser Krieg aber so „schöne“ Erfolge zeitigt, ist schließlich in Berücksichtigung der Verhältnisse doch noch ein Glück. Es ist entsetzlich, wenn eine neue Offensive wieder Hunderttausenden das Leben kostet — da lernt man sich darüber freuen, daß es doch wenigstens die „Feinde“ waren, die diese blutige Zeche bezahlten. Und wenn es ein paar Tage stiller wird, wenn ein erwarteter Angriff etwas länger ausbleibt, wie genießen wir nicht das „Glück“! Es ist ein gar kränkliches Glück, an dem wir uns jetzt nur erfreuen können. Wir stehen so ziemlich alle auf dem Standpunkt des Pariser Dachdeckers, der von seinem luftigen Arbeitsplatz abstürzte und im Fallen befriedigt zu sich sprach: „Tout va bien, purvu que cela dure.“ Alles geht gut, wenn's nur so weiter bleibt!

Jemandem aufs Dach steigen.

Die meisten sprichwörtlichen Redewendungen beruhen auf Sitten und Gebräuchen unserer Vorfahren, sind also kulturgeschichtliche Denksteine. So auch die oft gebrauchte Drohung, welche die Spitzmarke dieser Betrachtung bildet. Die Deutschen, die in gemeinsamen Marken und Siedelungen ansässig waren, hielten äußerst strenge auf Ehre und gute Sitte. Der Mann als Haupt der Familie sollte auch Autorität und ungeschmälertes Ansehen genießen und sich seiner Stellung würdig zeigen. Pantoffelhelden standen in Mißachtung, und wer gar sich von seinem Weibe unwürdig behandeln, wer sich schlagen ließ, ohne ein solches Weib gebührend gestraft und von sich gewiesen zu haben, gegen den wandte sich die allgemeine Erbitterung, weil man eine solche Memme nicht im Rate der Gemeinde dulden wollte. Zu gewissen Zeiten, wenn der Winter vorüber war und die Dorfgerichte anhuben, verständigte man sich zur Abhaltung eines Strafgerichts, das darin bestand, daß man dem Schuldigen auf das Dach stieg und es abdeckte, wohl auch einen Teil des Dachstuhls zerstörte. Dies alte Recht bestand noch lange nach dem Ausgange des Mittelalters. Grimms „Rechtsaltertümer“ enthalten als Beispiel die Bestrebungen des Blankenburger Stadtrechts vom Jahre 1594, die also lauteten: „Ist ein Mann so weiblich, daß er sich von seinem eigenen Weibe raufen, schlagen und schelten läßt, und solches nicht eifert und klaget, der soll des Rats beide Stadtknechte mit wöllen Gewand kleiden, oder, da er's nicht vermag, mit Gefängnis gestraft und ihm hierüber (außerdem) das Dach auf seinem Hause abgehoben werden.“ — In Fulda soll diese Strafe noch im Jahre 1768 und 1769 vollzogen worden sein.

Raupenplage in Frankreich.

Nach einer Meldung des Temps hat im ganzen Bezirk von Lyon die Raupenplage einen solchen Umfang angenommen, daß man von einer wirklichen Landplage sprechen müsse. In Bellegarde konnte sogar die Straßenbahn streckenweise nicht mehr verkehren. In Haute Loire sind in der Umgebung der Stadt Puy die Wege ungangbar. Die Raupen drangen selbst in die Häuser ein. In der Gemeinde Aiguilhe waren die Bewohner gezwungen, vor den Raupen zu flüchten. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich hoch und vergrößert sich tagtäglich. Alle Mittel versagen.

Neue Nickelerzfunde in Oesterreich. Die Nickel-, Kobalt- und Kupfererzlagerstätten auf dem Nöcklberge bei Leogang (Salzburg), deren Ausbeutung Ende des vorigen Jahrhunderts wegen Kapitalmangels eingestellt wurde, sind von neuem erschlossen worden. Schon im Juni vorigen Jahres war eine Erzmenge von über 20 000 Kubikmetern sichtbar aufgeschlossen. Der Metallinhalt an Nickel, Kobalt und Kupfer läßt sich nach den bisherigen Versuchen auf Hunderttausende von Tonnen schätzen. Die Weltproduktion an Nickel ist von 5000 Tonnen im Jahre 1900 auf rund 28 000 Tonnen im Jahre 1912 gestiegen, von denen etwa ein Sechstel auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn entfällt.

Eine Gefangenaufseherin ermordet. Im Gerichtsgefängnis in Bromberg wurde die Gefangenaufseherin Nast von zwei weiblichen Gefangenen ermordet. Die Täterinnen sind zwei angebliche Erzieherinnen, Ella Kadolla aus Königsberg und die wohnungslose Gertrud Kirchner aus Weimar. Beide sind Hochstaplerinnen. Die beabsichtigte Flucht ist nicht gelungen.

72 000 Mark Lohngelder geraubt. Mit Revolvern bewaffnete Räuber überfielen in Westfalen einen Werkkassenboten und entrissen ihm 72 000 Mk. Lohngelder.

Heiteres.

Der Landrat des Kreises . . . läßt auf einer Reise in dem Eisenbahnwagen seine Handtasche liegen. Zu Hause angekommen, bemerkt er natürlich sofort den Verlust und drahtet an das Fundbureau: „Handtasche mit wichtigen Papieren in dem und dem Abteil liegen geblieben, sofort senden an Landratsamt X.“ Sehr pünktlich erhält er den Drahtbescheid von dem Fundbureau: „Handtasche gefunden, wichtige Papiere in derselben nicht vorgefunden, dagegen 5 Pfund Butter.“ (Jug.)

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Kurzwaren, Besätze, Knöpfe, Weisswaren, 1826
preiswert im Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

1837 Kaufe
und zahle höchste Preise für
ausgekämmtes Haar.
Zopf-Siebert,
nur Leipzigerstr. 33 u. 79, I.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Zeitungs-Makulatur
gibt in großen und kleinen Posten ab
„Verlag Volksblatt“, G. m. b. H.

Ich bin bis zum 1. Oktober
982* verreist.
Dr. Hochheim,
Gr. Steinstraße 1, II.

Mod. Sportwagen z. verkaufen
1323 Ankerstr. 13, H. 2 Tr.

Auf dem Wege vom Marktplatz bis Mühlweg silberne
Damenarmbanduhr
verloren. Gegen Belohnung abzugeben *979
Walther, Mühlweg 20.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170911-11/fragment/page=0006